

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Ost- u. Westpreußen, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reiz“ mit „Erlaubung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprediger: Redaktion: Donhoff 292-293
Verlag: Donhoff 2506-2507

Sonnabend, den 12. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polstereifabrik: Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgehoben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 4.- Goldmark, Reklameweile 4.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wert 0,20 Goldmark (ausdrücklich zwei Freitagabende Wert) sowie weitere Werte 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen des ersten Wert 0,10 Goldmark (siehe weitere Werte 0,25 Goldmark, Woche über 15 Wochen ablesen für zwei Werte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,20 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgehoben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Entscheidung der Reparationskommission.

Zustimmung zu den Sachverständigenberichten — falls Deutschland ihnen auch zustimmt. — Anhörung der deutschen Vertreter am 17. April.

WTB. meldet aus Paris:

Die Reparationskommission hat, nachdem sie eine offizielle Sitzung abgehalten hat, sich gestern nachmittags zu einer offiziellen Sitzung zusammengefunden. Sie hat einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

„Die Reparationskommission hat nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine praktische Grundlage für die rasche Lösung des Reparationsproblems bilden. Sie ist deshalb geneigt schon jetzt im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse die Schlussfolgerungen zu billigen und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen. Um die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission, den interessierten Regierungen die Entscheidungen der Berichte, die der Kompetenz der Regierungen unterliegen, zur Annahme zu empfehlen, jedoch sieht sich die Reparationskommission in die Notwendigkeit versetzt, ihre Zustimmung und ihre Zustimmung zurückzustellen, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird die Reparationskommission die Delegierten der deutschen Regierung am Donnerstag, den 17. April anhören, es sei denn, daß die deutsche Regierung es vorzieht, eine schriftliche Antwort zu erteilen.“

Die Mitteilung dieses Entschlusses ist bereits der deutschen Kriegslastenkommision zugegangen.

Das Reichskabinett berät weiter . . .

WTB. meldet: Das Reichskabinett trat gestern in die Beratung über die Sachverständigenberichte ein. Es nahm Vorträge über die ein, die die Berichte entgegen und beschloß, die Vorklären zur Prüfung aller Einzelheiten der Vorschläge mit größter Beschleunigung fortzusetzen. Am Montag sei eine gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit den Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Länder.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß die Reparationskommission außerordentlich schnelle Arbeit geleistet hat. Ihr zustimmender Beschluß zu den Vorschlägen der Sachverständigen war zwar vorauszusetzen, aber die Promptheit und vor allem die Einstimmigkeit dieser Entscheidung kann nur lebhaft begrüßt werden. Diese Einstimmigkeit bedeutet nämlich letzten Endes den Sieg Macdonalds über Poincaré. Noch vor einem halben Jahre hätten sich der französische Vertreter Barthou und der englische Vertreter Bradburn kaum auf der Grundlage von Vorschlägen einigen können, die schließlich eine Verurteilung der gesamten französischen Sanktions- und Okkupationspolitik bedeuten.

Die Reparationskommission hat sich zwar der Form halber eine Rückzugstür offen gelassen für den Fall, daß Deutschland seine Zustimmung zu dem Sachverständigenbericht verweigern würde. Man mag zwar einwenden, daß in diesem Vorbehalt ein gewisser logischer Widerspruch liegt, denn, sind die Sachverständigenvorschläge gut, dann sind sie es auch in dem Fall, daß die Regierung des Deutschen Reichs ihre Annahme verweigern würde. Andererseits ist es aber begrifflich, daß die Reparationskommission sich Handlungsfreiheit für die Eventualität hat sichern wollen, daß die Sachverständigenberichte in Folge einer deutschen Weigerung gegenstandslos werden würden.

Diese Eventualität ist aber nicht nur sehr unwahrscheinlich, sondern schlechthin undenkbar. Das Reichskabinett ist zwar bisher zu keiner Entscheidung gelangt, und es soll ihm kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß es zunächst das umfangreiche Gutachten nebst allen Anlagen sorgfältig prüfen will, ehe es seine Zustimmung bekennt. Es ist ferner bareilich und sogar vorteilhaft, wenn es die endgültige Entscheidung gemeinsam mit den Staats- und Ministerpräsidenten der einzelnen Länder trifft.

Aber wie dem auch sei, es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Antwort der Reichsregierung zustimmend sein wird. Jeder andere Beschluß würde nicht nur eine moralische, sondern auch eine wirtschaftliche Katastrophe für Deutschland bedeuten. Eine moralische Katastrophe, weil Deutschland sich damit vor der ganzen Welt dem diesmal berechtigten Vorwurf aussetzen würde, daß es nicht zahlen wolle und daß es die vorgeschlagenen Vorschläge von Männern zurückweise, deren Gewissenhaftigkeit und Sachlich-

keit auch im neutralen Zustand anerkannt wird; und es wäre auch eine wirtschaftliche Katastrophe, weil an diesem Tage die Rentenmark überhaupt nicht mehr zu halten sein würde, denn jede Aussicht auf eine Befriedung der deutschen Verhältnisse wäre dann auf lange Zeiten hinaus verloren.

Mit aller Klarheit hat der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Generaldirektor der Kruppwerke, Dr. Sorge, in einer Unterredung mit den Berliner Vertretern der Agentur Reuter den gleichen Standpunkt zum Ausdruck gebracht, der hier von der ersten Stunde an nach der Bekanntgabe der Sachverständigenvorschläge vertreten wurde. Auch er sagt: Wir müssen annehmen. Und er begründet diesen Standpunkt nicht allein mit den Argumenten der höheren Gewalt und der Zwangslage, sondern auch unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Vorschläge der Sachverständigen bei aller ihrer Schwere viele Vorteile im Vergleich zu der Vergangenheit bieten und das Beste darstellen, was wir nach Lage der Dinge überhaupt erwarten konnten. Das ist ganz unsere Meinung — auch bezüglich der schweren Lasten, die das Programm der Dawes-Kommission Deutschland auferlegt — und ebenso begrüßen wir es, daß Dr. Sorge versichert hat, die deutsche Industrie würde sich aufrechtig bemühen, dieses Programm ihrerseits zu erfüllen.

Wenn selbst ein so anerkannter Führer der deutschen Industrie diesen unzweideutigen Standpunkt einnimmt, so ist nicht recht einzusehen, wie in der Reichsregierung überhaupt nur ein mit Verantwortungsgefühlen erfüllter Mensch es wagen könnte, der Ablehnung des Wort zu reden. Herr Jarres und Herr Emminger müssen sich nunmehr dazu entschließen, entweder im Kabinett mit Ja zu stimmen und dann alle Konsequenzen dieses Bekenntnisses zur Erfüllungspolitik auch nach außen hin zu vertreten — d. h. den schärfsten Gegenfuß zu den deutschnationalen, deutschösterreichischen und sonstigen „vaterländischen“ Phrasendreschern und Charlatanen mit in Kauf zu nehmen und auszusprechen oder endgültig in das Lager dieser Phrasendrescher und Charlatane hinüberzuweichen und aus der Reichsregierung schleunigst verschwinden. Jedenfalls geht es nicht an, daß man aus Angst vor der Verantwortung die Angelegenheit dilatorisch behandelt und sich vor einer Entscheidung bis nach den Wahlen herumdrückt. Dieser Gedanke mag zunächst in einzelnen Köpfen herumgespinnelt haben, die sich künftige Möglichkeiten einer Rechtskoalition nicht verbauen wollten. Aber die Reparationskommission hat einen Strich durch diese überflüssige Rechnung gemacht, indem sie eine Antwort Deutschlands binnen acht Tagen verlangt und zu diesem Zweck am 17. d. M. Deutschlands Vertreter anhören wird. Dieses Vorgehen hat für das deutsche Volk den Vorteil, daß es eine klare Situation für die Wahlen schafft: die Regierung Marx-Stresemann-Jarres-Emminger wird sich offen für die Erfüllungspolitik aussprechen müssen, sie wird sich, ohne daß ihr die Sozialdemokratie angehört, also ohne „international-marxistischen“ Einfluß, für diejenige Politik entscheiden müssen, die allein von der Sozialdemokratie seit vier Jahren konsequent gefordert wurde; und sie wird diese Politik im schärfsten Kampf gegen die Deutschnationalen und die Böllischen zu vertreten haben. Und ist einmal das „Ja“ gesagt, während die Herren um Helfferich, Herget und Paul Baeder das „Nein“ fordern, dann wird es nicht angehen, daß man nach dem 4. Mai, im Falle eines Ruckes nach rechts, den Anschluss an die „Nein“-Sager von gestern suche, es sei denn, daß sich letztere dann plötzlich ebenfalls zur Erfüllungspolitik bekennen.

Die deutschnationalen Presse hat zwar bisher kein einheitliches Bild in dieser Frage geboten, aber es scheint, daß der Standpunkt des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“, der den Sachverständigenbericht mit dem einen Wort „Bahnhof“ abzutun versucht, schließlich aus agitatorischen Gründen überwiegen wird. Auch die deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung“ erklärt, daß die Vorbedingung der Annahme eines jeden Vorschlags die Zusicherung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes sein müsse. Selbstverständlich gibt es keinen Deutschen, der nicht inbrünstig wünschte, daß mit der Annahme des Sachverständigenprogramms auch die Räumung des Ruhrgebietes formell und feierlich zugesichert würde. Leider aber konnten die Sachverständigen insofern der ihnen auferlegten Schranken zu dieser politischen Frage nicht direkt Stellung nehmen, und so

wird die deutsche Zustimmung ohne eine formelle Bindung dieser Art von der Gegenseite erfolgen müssen.

Aber die Sachverständigen haben trotzdem indirekt so deutlich Stellung genommen, daß ein großer moralischer Sieg damit für den deutschen Standpunkt erzielt wurde. Die betreffende Stelle ihres Berichtes verdient wirklich wieder gegeben zu werden:

„Bevor wir diesen Teil unseres Berichtes schließen, wünschen wir völlig klarzustellen, daß die oben im Ueberblick über die einanderfolgenden Jahre angegebenen Summen Deutschlands gesamte Verpflichtungen gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der durch den Krieg verursachten Kosten umfassen, einschließlich Reparationen, Rückerstattungen aller Kosten aller Besatzungstruppen, des Ausgleichsverfahrens bis zur Höhe der Beträge, mit denen die deutsche Regierung durch Rechtspruch der Reparationskommission endgültig belastet wird, ferner der Kosten der Kontroll- und Ueberwachungskommissionen usw. Ueberall, wo in diesem Bericht oder in seinen Anlagen von Zahlungen aus dem Vertrag, Reparationen, an die Alliierten zu zahlenden Beträgen und so weiter gesprochen wird, begreifen wir diese Ausdrücke alle von Deutschland an die alliierten und assoziierten Mächte für die Kriegskosten zu zahlenden Lasten ein.“

Wir gestatten uns, die Tatsache zu betonen, daß von dem Standpunkt aus, von dem wir berufen sind, die Frage zu betrachten, die Verpflichtungen Deutschlands ein Ganzes bilden und daß eine Entlastung von Lasten nur auf Kosten einer anderen vergrößert werden kann.

Das bedeutet nichts weniger als folgenden Wink an Frankreich: Da die wirtschaftliche Hoheit Deutschlands im gesamten besetzten Gebiet wieder hergestellt werden muß, sind die Truppen, die du dort unterhältst, absolut zwecklos. Wenn du dort welche unterhalten willst, so magst du es tun; aber dann hast du die Kosten dafür zu tragen, bzw. wirst du um so weniger von den deutschen Zahlungen für die eigentlichen Reparationen verwenden können. Deine Truppen sind also lediglich ein kostspieliger Luxus und ihre Belassung bedeutet eine unmittelbare Schädigung deiner eigenen Interessen.

Das gilt aber nicht nur für die Ruhrbesatzung, sondern logischerweise auch für die Besatzung des gesamten linken Rheinufers. Und es bezieht sich darüber hinaus sogar auf die Militärkontrollkommissionen. Die Sachverständigen haben also in kaum mißzuverstehender Weise den Weg gewiesen, der am schnellsten zur völligen Befreiung Deutschlands von fremden Uniformen führt: weit schneller, weit sicherer und auch weit billiger als die mahnwichtigen Gewaltpläne Ludendorffs und Ruth Fischers.

Krupp-Direktor Sorge für Annahme.

London, 10. April. (WTB.) Dr. Sorge, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Mitglied des Direktoriums der Krupp-Werke, erklärte dem Berliner Vertreter der Agentur Reuter: Nach Durchsicht des Auszuges des Berichtes der Sachverständigen bin ich der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen

angenommen werden müssen.

Die Lasten, welche den deutschen Industriellen aufgebürdet werden sollen, sind riesig schwer, aber die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden, vor allem insofern sie losgelöst sind von den militärischen und politischen Erwägungen und nur auf wirtschaftliche Basis sich stellen, und da wir kaum bessere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen.

Dr. Sorge betonte, daß die volle Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Hoheit in den besetzten Gebieten, nämlich der Abschaffung der franco-belgischen Regie und der Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet eine absolute Vorbedingung für die Erfüllung der von den Sachverständigen festgelegten Bedingungen ist. Er erklärte ferner, daß es für die Industrie eine Erleichterung sei, wenigstens auf einige Jahre im Voraus endgültige Zahlungen festzusetzen zu sehen, obgleich es vorzuziehen gewesen wäre, eine Gesamtsumme der Reparationen festgelegt zu sehen, da dadurch die deutsche Industrie in Stand gesetzt würde, ihre Pläne dementsprechend aufzustellen. Dr. Sorge erklärte mit Nachdruck, daß die Ausführung der Vorschläge der Sachverständigen nur möglich sei, wenn eine internationale Anleihe aufgebracht werden könne, drückte sich aber über diese Angelegenheit etwas skeptisch aus. Er fügte hinzu, sicher zu sein, daß, sobald die Vorschläge der Sachverständigen von der deutschen Regie-

...rung angenommen sind, die deutschen Industriellen ihr Außerstes tun werden, um der Regierung bei ihrer Ausführung zu helfen, obwohl er sich keiner Mission hingibt, angesichts der ungeheuren Lasten, die die deutsche Industrie auf viele Jahre hinaus zu tragen haben würde.

Eine Kanzlerrede.

Sachverständigenutachten als Verhandlungsgrundlage.

Frankfurt a. M., 11. April. (Eoa.) Anlässlich einer Kundgebung der Zentrumspartei in Frankfurt a. M. hielt Reichskanzler Marx eine Rede, in der er unter anderem ausführte:

Die Entscheidungen, vor die wir in der nächsten Zeit gestellt sind, erfordern unseren tiefsten Ernst und Bitterstillselbe. Das Sachverständigenutachten ist der Reparationskommission überreicht und ihr selbst bekanntgegeben worden. Infolgedessen dürfte man die Stellung der Reparationskommission bald erfahren. Auch der Ablauf der Reparationsverträge steht bevor. Noch läßt sich nicht übersehen, was an ihre Stelle treten soll und wie eine Verlängerung des Vertrages zu ernüchternden wäre. Wird kein Ausweg gefunden, so stehen wir nach den Androhungen der französischen Regierung erneut vor rücksichtslosen Eingriffen der französischen Verwaltung in die Wirtschaft der westlichen Industrie. Noch immer scheint in Frankreich der Gedanke nicht durchdringen zu können, daß wir nur durch eine ruhige Entwicklung der deutschen Industrie, auch in dem besetzten Gebiet, ein leistungsfähiges Deutschland herbeiführen können und es Deutschland dadurch ermöglicht wird, die Lasten aus dem Friedensvertrage aufzubringen. Dies ist aber unmöglich, wenn die Wirtschaft immer wieder gestört wird, wie es in den letzten Jahren durch die Eingriffe Frankreichs geschehen ist. Der Eisenbahnverkehr im Industriegebiet ist durch die Unfähigkeit der Regie unzulänglich, so daß eine Befriedigung der industriellen Bedürfnisse nicht möglich ist. Glaubte Frankreich wirklich auf dem Wege der fortgesetzten Beeinträchtigung und Behinderung der neuen wirtschaftlichen Entwicklung eines Volkes, das zu den billigsten und wirtschaftlich bedeutungsvollsten der ganzen Welt gehört, finanzielle Vorteile für sich erringen zu können?

Und doch beginnen schon bisher chaotisch gekannte Kreise Frankreichs einzufahren, daß nur eine verständige Politik und vertrauensvolles Zusammenarbeiten beider Länder erteilte Verhältnisse und beiderseitiges Wohlergehen herbeiführen kann. Selbst der „Temps“ meint heute, es sei doch auch im Interesse Frankreichs, eine Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten herbeizuführen. Mit aller Offenheit und Entschiedenheit müßte immer wieder festgestellt werden, daß es bisher an verständigen Verträgen zwischen Deutschland und Frankreich nicht gefehlt habe und daß Deutschland immer wieder zurückgewiesen worden sei, trotzdem das deutsche Volk bereit sei, unter Anspannung aller Kräfte bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen. Wie oft sei eine offene und freie Aussprache über Deutschlands Leistungsfähigkeit verlangt worden, ohne daß Deutschland jemals gehört worden sei. Statt dessen würden immer neue Härten und unerfüllbare Diktate ausgesprochen.

Wie haben es darum als einen Fortschritt begrüßt, daß hervorragende Wirtschaftswissenschaftler in die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit eingetreten sind. Die deutsche Regierung hat ihnen ihre Akten und Bücher in vollster Offenheit vorgelegt, was auch von den Sachverständigen anerkannt worden ist. Ob die Möglichkeit vorhanden ist, daß das Glatzachten den Ansprüchen der Reparationskommission voll entspricht, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist das Glatzachten geeignet, als eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu dienen. Die deutsche Regierung wird mit aller Gewissenhaftigkeit und Bereitschaft prüfen müssen, was Deutschland erbringen kann.

Sie wird von der deutschen Wirtschaft und den deutschen Steuerzahlern verlangen müssen, daß die Lasten bis an die Grenzen des Möglichen übernommen werden. Aber darüber hinaus kann eine Belastung von niemand verlangt werden. Voraussetzung für die Ausführung der Sachverständigenutachten ist jedoch die Wiederherstellung der freien Verwaltung und Wirtschaft für Deutschland im besetzten Gebiet. Ohne eine solche wird eine Leistung von Deutschland einfach unmöglich. Das deutsche Volk, das für diese harte Lasten das Verbleiben hat, weiß auch, daß die Zerrüttung unserer inneren Verhältnisse seine Hauptlastungen

von der äußeren Politik abhängig machen. Selber Gottes hat das deutsche Volk in den früheren Jahren allzusehr die Dinge der Außenpolitik verfolgt und dadurch sich vielfach zu einer falschen Einstellung verleiten lassen. Der harte Tadel,

den die Erfüllungspolitik früher vielfach gefunden hat, verstimmt allmählich und hat einer ruhigeren Beurteilung Platz gemacht. Parteien, die früher die Politik des Zentrums bekämpften, haben sich jetzt von der Richtigkeit dieser Politik einstimmig überzeugt, und die Politik des Zentrums, bei Ausführung des Friedensvertrages unterstützt. In gewissen Parteien, namentlich bei der Deutschnationalen und Deutschnationalen, wird allerdings nach wie vor scharfer Widerspruch gegen diese Politik erhoben.

Wir brauchen uns durch einen Stimmengewinn, den die Wähler in Bayern auszuweisen haben,

nicht ängstlich machen zu lassen.

In Bayern sind die nationalen Bogen in der letzten Zeit hochgegangen, aber im übrigen Deutschland sieht man die Dinge doch etwas ruhiger an. Der Stimmengewinn geht indessen wohl auch hauptsächlich auf die Kosten der Deutschnationalen. Die Deutschnationale Volkspartei dürfte bei Weiterverfolgung ihrer Politik das Schicksal aller derjenigen Parteien teilen, die mit Schlagworten und Phrasen auf die Instänke einzuwirken versuchen. Die Wahlergebnisse in Bayern müssen aber noch nach einer anderen Richtung hin als Warnung dienen. Wir sehen darin die Zersplitterung in viele Parteigruppen. Der neue Reichstag wird vor die wichtigsten Entscheidungen gestellt werden. Wir vom Zentrum müssen uns bewusst sein, daß die extremen Parteien ihren letzten Anhänger an die Wahlurne bringen werden. Wenn die radikalen Parteien selbst zweihundert Mandate erobern, so müssen sich die Mittelparteien mindestens 300 Sitze sichern. Das liegt in der Hand der Wähler.

Frankreich macht Schwierigkeiten.

London, 11. April. (W.B.) Reuter berichtet aus Paris: Die Schwierigkeit, Einstimmigkeit zwischen den Regierungen über die Anwendung des Sachverständigenplans herzustellen, werde immer deutlicher. Trotz des offiziellen Schweigens der französischen Regierung läßt die insipiente französische Presse weiter den Schleier von den Absichten der Regierung. Es schreie danach, daß das Ruhrgebiet die Trampstrecke Frankreichs bei den interalliierten Verhandlungen bilden solle. Der Sachverständigenplan sehe die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes voraus und Frankreich werde dem unter folgenden Bedingungen zustimmen: 1. Das Verprechen der Alliierten Frankreichs, sich Frankreich bei der Aufhebung von Sanktionen anzuschließen, falls Deutschland versetzt, den Plan auszuführen. 2. Teilweise, wenn nicht vollkommene Streichung der interalliierten Schulden, besonders der Schuld Frankreichs an Großbritannien.

Ein offizieller französischer Kommentar.

Paris, 11. April. (W.B.) In einer ersten offiziellen Aussprache zum Sachverständigenbericht stellt Havas eine Reihe von Irrtümern fest, die in den ersten Besprechungen der Berichte in der Presse enthalten gewesen seien. Es sei erklärt worden, so laut die Agentur, daß die Sachverständigenberichte eine erhebliche Herabsetzung des Londoner Zahlungsplanes und eine Befreiung der französischen Forderungen vorsehen. Diese Behauptung sei unrichtig. Was den Londoner Zahlungsplan anlangt, so habe Ministerpräsident Poincaré nicht, wie behauptet worden sei, erklärt, daß die Sachverständigen an ihm nicht rütteln dürften. Der Londoner Zahlungsplan könne ja von der Reparationskommission nach den in Artikel 234 und in § 13 des Anhanges II zu Abschnitt 8 des Friedensvertrages gegebenen Bestimmungen redigiert werden, d. h. die Reparationskommission bestimme alle Vollmachten, um die Zahlungsperiode aufzuheben und die Zahlungsmodalitäten zu ändern. Entgegen Angaben der Presse sehe der Plan der Sachverständigen für Frankreich auch weit höhere Zahlungen vor, als der Plan Bonar Law's.

Die Sachverständigen, fährt Havas fort, hätten erklärt, daß ihnen der Wortlaut ihres Auftrages nicht die Befugnis verleihe, die militärische Besetzungfrage zu prüfen. Sie würden sich daher auf die Angaben beschränken, die die Durchführung des Planes nötig mache, nämlich diejenigen Maßnahmen aufzuheben oder zu ändern, welche die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands bedrängen könnten, wenn Deutschland in die Ausführung des Vertrages einträte und infolgedessen das von den Sachverständigen vorgeschlagene Kontrollsystem annehme. Die französische Regierung habe sich stets als geneigt erwiesen, die Ausdeutung ihrer Pflichten gegen andere Pflichten einzutauschen, wenn diese mindestens ebenso produktiv

seien und zwar unter der Bedingung, daß Vorkerkungen getroffen würden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes in vollem Umfange wiederhergestellt werden könne, wenn die Deutschen den Widerstand ausnahmen oder ihre Verpflichtungen nicht einhielten.

Havas erinnert daran, daß Poincaré in seiner Rede vom 2. April erklärte: „Wenn die Sachverständigen vorschlagen, daß den Alliierten Pfänder zur Verfügung gestellt werden, die sich auf den Gesamtumfang des deutschen Gebietes erstrecken und daß diese allgemeinen Pfänder ganz oder teilweise an die Stelle der örtlichen Pfänder treten sollen, so werden wir diese Vorschläge ohne Vorbehalten prüfen unter der Bedingung, daß es dabei bleibt und unter der Voraussetzung, daß wir bis zur völligen Bezahlung an Ort und Stelle im Ruhrgebiet bleiben, um die Innehaltung der Verfalltermine zu sichern.“

Macdonald einverstanden. Zusammenkunft mit Poincaré?

London, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Alle Verlautbarungen aus den der Regierung nachstehenden Kreisen lassen erkennen, daß Macdonald mit den Sachverständigenberichten sehr zufrieden ist. Wie wir zuverlässig erfahren, soll er den Inhalt als idealen Weg zur Lösung der Reparationsfrage betrachten und der Auffassung sein, daß Deutschland die Vorschläge annehmen wird. Es verlautet übrigens, daß schon in aller Kürze eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Macdonald in London stattfindet.

Reichstagswahlen in Dänemark.

Fortschritt der Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 12. April, 12.30 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag fanden die allgemeinen Neuwahlen zum dänischen Reichstag statt. Die Wahlbeteiligung war im ganzen Lande ungeheuer stark. Sie betrug im allgemeinen 90 Proz., in einzelnen Stadtbezirken Kopenhagens sogar über 94 Proz. Infolgedessen dauerte die Zählung länger als gewöhnlich und es liegen bis zur Stunde noch keine sicheren Ergebnisse vor. Teilschätzungen ergeben jedoch bisher durchweg deutliche Fortschritte der Sozialdemokratischen Partei. So weist eins von den wenigen bereits vorliegenden Resultate, nämlich aus der Insel Bornholm, einen Zuwachs der Sozialdemokratie von 500 Stimmen (6500 gegenüber 6000) auf.

Die Sicherheit in Griechenland.

Kriegsrecht nach der Volksabstimmung.

Athen, 11. April. (Agence d'Athènes.) Obgleich ein Eisenbahnzug auf der Straße Athen-Saloniki von Räubern überfallen wurde, hat der Ministerrat beschlossen, den Besetzungszustand nicht zu verändern, um der Opposition nicht die Möglichkeit zu geben, behaupten zu können, daß die Regierung die Volksabstimmung beeinflussen wolle. Das Kriegsrecht wird am Tage nach der Volksabstimmung proklamiert werden. Inzwischen sind alle Maßnahmen getroffen worden, um die Ordnung zu sichern. Die Reisenden des ausserachteten Zuges sind von der Staatskasse in Paris vollständig entschädigt worden. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Räuber die Absicht hatten, den Zug anzuzünden, in dem Ministerpräsident Papanastasiu sich nach Athen zurückzog.

Polens Außenminister zurückgetreten.

Warschau, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Abordnung der Sejmik der Linken erklärte beim Ministerpräsidenten Grabisz und erklärte, daß nach Ansicht dieser Klub die für Polen unzulässige Lösung der Remelsfrage durch den Rücktritt des Außenministers Grafen Zamoycki sowie des Delegierten beim Völkerbunde beantwortet werden müsse. Graf Zamoycki hat bereits zweimal seine Demission angeboten.

Politische Gerechtigkeit in — Bulgarien. Aus Sofia wird gemeldet: Die Minister des Kabinetts Stambuliski, die wegen Verschönerung und Bildung ungezügelter Kampfbünde angeklagt waren, sind freigesprochen worden.

Die Maffier in Spanien hat der Diktator Primo de Rivera unter Betonung seiner „liberalen Denkart“ gestiftet.

Politik, Vergnügen und Frömmerei.

Ein Bild in das englische Versammlungswesen.

Von Armin L. Wegner.

Für die Fähigkeit, mit welcher der englische Geist an vielen Einrichtungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft festhält, bietet uns das englische Versammlungswesen ein anschauliches Beispiel. Für den Deutschen ist es überhaupt in vieler Hinsicht neu und sehr reich. Es hat sehr viel angenehme, humorvolle, aber auch einige uns fremde, wenn nicht unangenehme Seiten.

Zunächst ist der Engländer und auch der einfache Mann aus dem Volke ein großer Lebensgenießer, der auch bei seinen politischen Versammlungen (in England kurz „meetings“ genannt) darauf bedacht ist, sich etwas zu amüsieren, der sehr gern und leicht lacht, und das ist ein sehr sympathischer Zug an ihm. Freilich geht er in der Wahl seiner Mittel dabei oft zu weit. Daß ein politischer Vortrag durch irgendein von einem Dilettanten gelungenes Lied, eine Ballade oder ein Klavierstück eingeleitet oder abgeschlossen wird, ist bei kleineren Versammlungen eigentlich die Regel. Der Engländer hat eine geradezu bewundernswürdige Geduld, mit der er sich bei solchen Gelegenheiten oft die schändlichsten Nachwerke oder die dilettantischsten Wiedergaben anhört. Einmal in einer englischen Industriestadt erlebte ich es, daß die Versammlung allen Erstes in Form eines Parlamentes abgehalten wurde. Auf dem Podium stand ein großer grüner Tisch, dahinter der Chairman oder Versammlungsleiter im schwarzen Talar, eine große graue Perücke auf dem Kopf und vor sich auf dem Tisch ein großes hölzernes Zepher. So wurde die Versammlung genau in den Formen des Unterhauses in aller Feierlichkeit eröffnet, eine Szene, die nicht einer gewissen Satire auf das Parlamentarismus entbehre, und erst am Schluß nahm der Versammlungsleiter die schwere Perücke vom Kopf, weil es ihm darunter zu heiß wurde. In einem anderen Meeting in East Ham ging man sogar so weit, vor der politischen Rede eine richtige kleine humoristische Theaterzene zur Aufführung zu bringen, die von einem maskierten Manne und einer Frau dargestellt wurde.

Ganz allgemein ist allen englischen politischen Versammlungen aber eine gewisse rituelle Form. Fast alle Versammlungen werden mit dem Ablesen von Kirchenliedern, sogenannten „Hymnen“ eröffnet und geschlossen. Oft geht ihnen sogar, wie bei den Quäkern und dem englischen Botschaftsbunde, ein gemeinsames Gebet vorher. Man muß sich der besonderen kirchlichen Entwicklung Englands und seiner religiösen Formen erinnern, um dies zu verstehen. Aber selbst dann haben diese frömmelnden Gesänge, die man zuweilen sehr zahlreich über sich ergehen lassen muß, für den Deutschen, und nicht nur für den freidenkenden, etwas nahezu Unerträgliches. Man fühlt sehr deutlich, daß diese frommen Gesänge für viele nur eine tote Form, wenn nicht gar Heuchelei sind, die sie oft mit völlig gleichgültiger Apathie und meist ohne innere Anteilnahme vollziehen, und hat, wenn man dies öfter erdulden muß, nichts als das unbedingte Bedürfnis, aus dem Saale davonzulaufen!

Das Wertwürdigste ist nun, daß dieses Niedersingen auch in den politischen Versammlungen der modernen Arbeiterparteien in England stattfindet. Auch hierin scheint sich der fanatische Zug des englischen Wesens zu erkennen zu geben. Der englische Arbeiter ist zwar im großen und ganzen freidenkend und im bestmöglichen Sinne unreligiös. Man hat deshalb vielfach die alten Kirchenlieder durch weltliche oder politische Lieder ersetzt. Aber es scheint, als wenn die Mehrzahl der Arbeiter doch auf die alten Formen dieses gemeinsamen endständigen Singens nicht ganz verzichten möchte. Vielfach hat man den alten Melodien nur neue Texte untergelegt. Aber auch so hört man bei den Arbeitern genug religiöse Lieder, wie etwa: „Wann wirst du das Volk erretten, Gott?“ oder: „Gib uns Frieden in unserer Zeit, o Herr“, die ich beide aus der großen Siegesfeier der Labour Party in der Albert Hall hörte. Besonders merkwürdig wirkt es auf uns Deutsche, wenn eines dieser Lieder, wie „The golden city“ (Die goldene Stadt, gemeint ist natürlich das himmlische Jerusalem) in der Melodie „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wird — dann blickt man sich in der Tat in ängstlicher Verwunderung im Saale um. Seltsam mutet uns auch das Lied „The red flag“ (Die rote Fahne) an, weil man es in der Melodie „O Tannenbaum, o Tannenbaum“ erklingt und weil sich der deutsche Hörer niemals ganz von der damit verbundenen Vorstellung befreien kann. Dieses englische Lied ist uns jedoch aus einem anderen Grunde wertvoll, weil es von den tapferen englischen Dienstverweigerern während des Krieges im Gefängnis gesungen wurde.

Sieht man aber von diesem ab, teils dilettantisch-humorvollen, teils unheimlich-pfifflischen Gepräge ab, und betrachtet nur den rein politischen Inhalt eines solchen Meetings, so muß sich unser Gefühl sofort in das hohe Achtung umwandeln. Inhalt und Form der politischen Ansprachen haben in England in der Regel auf einer hohen Stufe und zeichnen sich durch ernste Sachlichkeit, Takt und politischen Weitblick aus.

Wie der „dumme August“ entstand.

In der Stuttgarter Zeitschrift „Die Literatur“ erinnert Arthur Krüger an das Buch „Der Zirkus und die Zirkuswelt“ von Eignor Domino, das von Webedind vielach — z. B. in „Hidala“ und „So ist das Leben“ — benutzt worden ist. Besonders interessant ist das Kapitel des Buches, das die Entstehung der bekannnten Zirkustypen des „Dummen August“ schildert.

Der Clown Tom Belling hatte wegen Verjagens in der Manege von „den Reiz“ „Gordroberrest“ bekommen und vertrieh sich die Zeit mit allerhand Dummdreien. So schloß er sich eines Tages eine alte, aussergelierte Perücke an: auf den Kopf, rief sie mit der angelegentlichsten Hand auf der einen Seite heraus, auf der anderen herunter, knöpfte sich einen Stallmelterrad schief zu und bot so ein höchst komisches Bild. Er wettete mit einem Kollegen, daß er in diesem Auszug heruntergehen werde, aber sein Pech wollte, daß er dem alten Reiz gerade in die Arme fiel. „Donnerwetter, was ist denn das?“ sagte der Direktor der Reize, und als er einen Blick auf die komische Figur mit dem bestürzten Gesicht geworfen

hatte, rief er aus: „Famos! Unübertrefflich! Hinaus in die Manege!“ Belling, nicht im Klaren, ob Reiz ernst meinte oder ihn nur verhöhnern wolle, drehte sich vor den treibenden Händen des Direktors ein paar mal um sich selbst wie ein Kreisel, kam dabei in den Gesichtskreis des Publikums, mußte vorwärts und fiel nun stolpernd in die Manege hinein. Das Publikum nahm diese unbeachtliche Szene für einen gewollten komischen Effekt und brach in schallendes Gelächter aus. Belling wurde dadurch noch verdrüher und bildete mit einer ebenso dummen wie lächerlichen Miene zum Publikum auf. Das Baden verdoppelte sich, und vom hohen Olymp herab rief irgendein Dithyros: „Auuu!“ Das Publikum lachte von neuem. Belling warf einen wütenden Blick nach dem Reiz hin; man hielt das für Komik, und nun erdote es von allen Seiten: „Auuu! Auuu!“ Da machte Belling kehrt und stürzte hinaus, von dem jubelnden Gelächter des Publikums verfolgt.

Der alte Reiz sah sofort, was mit dieser neuen Tappe gekommen war. Er verlängerte Bellings Kontrakt, und dieser bildete nun allmählich den allbekannnten Charakter des „dummen August“ aus, indem er seine natürliche Komik zu dem bewußten Humor des Dummings steigerte. Der Name „Auuu!“ aber, der bei seinem ersten Auftreten geschaffen worden war, blieb der neuen Figur erhalten.

„Hinkemann“-Premiere. Die erste Vorstellung der Toller'schen Truppe „Hinkemann“ im Residenz-Theater verlief trotz aller Anfeindungen und gemessener Versuche ohne jede Störung. Da die Kritik zu dieser Aufführung nicht geladen war, können wir erst in einigen Tagen auf die Vorstellung näher eingehen. Jedenfalls hat der von den Arbeitern durchgeführte Selbstschutz sich in diesem Fall als wirksam erwiesen.

Wertstudien in Amerika. In den Vereinigten Staaten ist das Wertstudientum eine weit ältere Erscheinung als in Deutschland, wo von ihm eigentlich erst in der Folge des Krieges die Rede sein kann. An der Universität New York Studierende haben während des letzten Jahres 601.063 Dollar als Einnahme aus wertstudientlicher Arbeit gebucht. In den ersten vier Monaten des Wintersemesters (September bis Dezember) hat der Beschäftigungsnachweis 776 Stellen vermittelt, 28 Proz. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres; gleichzeitig waren von Arbeitgebern 1838 Stellen angeboten worden, 50 Proz. mehr als im Vorjahr. Die früheren Stellen für die Studierenden, wie Kassenhelfer, Fensterputzer, sind aus der Mode gekommen, und die meisten Angebote beziehen sich zumeist auf Stellen im Geschäftsleben (Buchhalter, Kassenassistenten u. w.). Von den durch die Stellungsvermittlung der Universität untergebrachten Studenten verdienten 74 unter 1000 Dollar im Jahr, 16 erreichten diesen Betrag, 146 verdienten 1200 Dollar, 70 1500 Dollar, 16 1800 Dollar, 28 2000 Dollar, 5 2500 Dollar, je 3 3000 und 4000 Dollar und einer 6000 Dollar.

Helg Weingartner wird im Mai am Deutschen Opernhaus „Die Reize“ von Rühmberg, „Tristan und Isolde“, den Ring und noch einige andere Opern dirigieren.

Ausstellung alter Goldschmucke. Die Galerie Dr. Goldschmidt-Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 36, veranstaltet vom 12. April bis 10. Mai eine Ausstellung von aus Berliner Privatbesitz erworbenen Goldschmucke des 13. bis 18. Jahrhunderts.

Eine Rant-Ausstellung veranstaltet vom 13. bis 26. die Utopia-Buchhandlung, Kaiserstraße 29. Es werden gezeigt seltene Gesandgaben von Rant Berlin, moderne Rant-Ausgaben u. a.

Kommunistische Patentlösung.

Solange in Deutschland die Inflation herrschte, stiegen die Aktien der Kommunistischen Partei mit dem Steigen des Dollars. Die Verminderung der breiten Volksschichten gab ihnen Gelegenheit, um ihre Parolen die unzufriedenen und erregten Massen zu sammeln. Seitdem auf ihr Rückzug folgte, seitdem die Inflation beseitigt und eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse eingetreten ist, geht ihr Einfluß überall zurück. Die Stärkung der Arbeiterklasse, die neu erwachende Widerstandskraft ihrer Organisationen bedeutet automatische Schwächung der Kommunisten und Zurückdrängung ihres Parolenwahnsinns. Den Todesstoß würden sie erhalten, wenn es gelänge, diese Stabilisierung dauernd zu sichern, wenn eine außenpolitische Verständigung über die Reparationsfrage, wie sie die Sozialdemokratie seit Jahren erstrebt, erreicht würde. Das Scheitern der Verhandlungen über die Vorschläge der Sachverständigen ist ihr letzter Hoffnungsanker. Sie wollen keinen Frieden, sie wollen keine Verständigung, denn nur im Kampf aller gegen alle können sie hoffen, ihre weltbekannten Pläne durchzuführen. Kein Wunder, daß sie sich in nationaler Bundesgenossenschaft mit deutschösterreichischen und Nationalisten gegen jede außenpolitische Verständigung zusammenfinden.

Genau wie Ludendorff und seine Leute haben auch die Kommunisten ihre „Patentlösung“, die sie jetzt wahrscheinlich demnächst in allen Versammlungen abfeiern werden. Sie nennen das auch „proletarische Lösung“, und meinen damit die „revolutionäre Erhebung in Deutschland“ und das dann folgende „Bündnis mit Sowjetrußland“. Ehe es aber zur revolutionären Erhebung kommt, die auch nach der Ansicht der augenblicklich maßgebenden kommunistischen Führer nicht ganz aktuell ist, soll nach dem Wunsch der Kommunisten zunächst einmal jede Verständigung mit Frankreich abgelehnt werden. Was das bedeutet, haben wir im vorigen Jahre gesehen und die Kommunisten scheinen eine Wiederkehr der Zustände von 1923 nicht ungern zu sehen. Bisherlich würde diesmal die Regie für den Oktober 1924 etwas besser klappen und der große Kladderadatsch mit Sinowjews Unterstützung könnte glücken. Dann soll Deutschland ähnlich wie Sowjetrußland, gestützt auf seine „rote Armee“ (die mit proletarischer Begeisterung gegen die französischen Kanonen schießen wird) mit den Ententemächten verhandeln und „die deutsche Bourgeoisie bezahnen lassen“. Diesen Unsinn nennt man „proletarische Lösung der Reparationsfrage“, und man wundert sich bei den Kommunisten, daß andere Leute von vornherein das Kräfteverhältnis und die Möglichkeit für die Arbeiterschaft etwas anders einschätzen. Bei den Kommunisten ist es freilich üblich, nach vollbrachter Heldentat festzustellen, daß man sich über das Kräfteverhältnis geirrt und infolgedessen die Arbeiter in lehrreiche Hinterlagen hineingeführt hat. In Wirklichkeit verdirrt sich hinter den geschwollenen Phrasen nichts als vollkommen unfähigkeit, unter den gegebenen deutschen Verhältnissen Deutschland und die Arbeiterbewegung wieder aufwärts zu führen.

Krach im Stinnesblatt?

Die „Völkische Zeitung“ bringt folgende interessante Meldung: „Nach ist Hugo Stinnes nicht beiseite, und schon hat sich in der Redaktion seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine schwere neue Krise angedeutet. Wie im Jahre 1922 beim Ausscheiden des Chefredakteurs R. Cuno, geht sie auch diesmal vom Austausch eines neuen Stellvertretenden Chefredakteurs aus. Aber während dies damals der heutige Chefredakteur Prof. Paul Bensch war, übernimmt diesen Posten diesmal der bisherige Geschäftsführer v. Goltberg. Dieser soll praktisch die Leitung des Blattes übernehmen, während Prof. Bensch zwar formal Chefredakteur bleiben, aber in Zukunft im wesentlichen auf Mitarbeit von seiner Wohnung aus beschränkt werden soll. Wie beim Ausscheiden Cunos wiederholt sich diesmal die Tatsache, daß ein Teil der Redakteure für den Zeitpunkt des Inkrafttretens der absehbaren Pläne über „Wusttritt“ angezogen hat.“

Für die Richtigkeit dieser Mitteilungen müssen wir selbstverständlich der „Völk. Ztg.“ die Verantwortung überlassen. Sie haben indessen einen hohen Grad innerer Wahrscheinlichkeit für sich und es läge nur im Zuge logischer Entwicklung, wenn „Obsequus“-Bensch alsbald wieder neue Bestände suchen müßte. Bisherlich hat Bulle schon eine Aufnahme-Stellung für ihn vorbereitet.

Das „Völkgericht“ in Ungnade.

Nachdem die bayerischen Bundestagswahlen den Deutschnationalen in Bayern sämtlichen Werten verhöhelt haben, läßt sich die „Kreuzzeitung mit Gott für König und Vaterland“ ein trübes Stimmungsbild aus der Ordnungszelle senden, das nach mehr als einer Seite hin Interesse verdient. Zunächst stellt das deutschnationalsozialistische Blatt fest, daß der Führer der sogenannten „Waterländischen Verbände“, der deutschnationalen Spitzenkandidat Prof. Bauer, bei seinen Leuten abgemittelt habe, so daß ein großer Teil der „Waterländischen“ ins völkische Lager hinübergewechselt sei.

Dann aber bekommt das Völkgericht sein Teil: Die größte Unterstützung aber brachte der völkischen Partei die Art der Führung des Hitler-Prozesses, indem man im Bestreben, so unparteiisch und gerecht zu sein, den Angeklagten wochenlang jede Freiheit zu propagandistischem Wirken ließ, so daß vom ersten Tage an die Rolle der Angeklagten und die der Zeugen völlig verwechselt erschien. Auch das Urteil brachte durch den Freispruch General Ludendorff im Gegensatz zur Beurteilung der übrigen Angeklagten den völkischen neuen Jubel gerade aus den Reihen der unteren Volksschichten, die nun in Hitler erst recht einen Märtyrer sehen mußten.

Das ist der sehr schwere Vorwurf gegen die Prozeßleitung, daß sie den Deutschnationalen und ihren Verbänden das Wahlgewicht verdorben habe! Daran ändert auch nichts die wehrliche Versicherung, daß die völkischen Redakteure die gut nationalen Wähler aus den Versammlungen und von der Wohlurte fortgerieben hätten.

Um die eigenen Leser zu trösten, rechnet die „Kreuzzeitung“ schließlich nach heraus, daß die Deutschnationalen ihre Stimmenzahl von 1920 ziemlich genau behauptet hätten. Dies rechnerische Kunststück sieht so aus: 1920 hatten die Deutschnationalen rund 285 000 Stimmen, jetzt nur 197 500. Aber wenn man die Gewerbetreibenden und Beamtengruppen und die „Nationalliberale Bundespartei“, die doch von der „Deutschen Volkspartei“ abgespaltener ist, hinzurechnet, so ergeben sich rund 262 000. Und nimmt man dann noch die 23 000 Stimmen der Christlich-Sozialen hinzu, so kommen die 285 000 wieder zustande.

Das Rechenexempel mußt an, wie das vom Unter Bräutigam. Es ist in der Richtigkeit ganz gut, aber in der Richtigkeit stimmt nicht! Denn weder die Beamten- und Gewerbetreibenden, noch die Christlich-Sozialen wollen von den Deutschnationalen etwas wissen. Die letzteren sind ausgesprochene Zentrumsanhänger. Aber schließlich kann man den Lesern auf pommerischen Gutshöfen immerhin einiges erzählen!

Neue Bundesbrüder.

Herr v. Graefe auf Goldebe in Mecklenburg, einer der großen völkischen Kämpfer in Norddeutschland, ist für die Reichstagswahl im Wahlkreis Düsseldorf als Spitzenkandidat aufgestellt worden. Wie kommt der Mecklenburger Junter an den Niederrhein, wo er eine merkwürdige Unterstützung durch die rheinischen Separatisten findet? Im gleichen Düsseldorf spielt nämlich als Führer der Separatisten Herr Matthes eine große Rolle, der auch im vergangenen Frühjahr, während des Separatistenputsches, an der Spitze dieser Bewegung stand. Trotz der Niederlage, die er mit seinem Separatismus erlitten hat, betätigt er sich doch im Reichstagswahlkampf. Seinen Anhängern hatte er zunächst Wahlenthaltung empfohlen, oder höchstens die Wahl der radikal-republikanischen Partei, womit er die Kommunisten meinte. Pflöglich vollzog

Martow-Bedenkfeier

Morgen, Sonntag, 13. April, 10 Uhr vormittags
in der Stadthalle, Klosterstraße 47/59

Mitwirkung des Gemischten Chors Groß-Berlin

Redner:

Rud. Hilferding / A. Crispian / R. Abramowitsch

Karten am Eingang und in den bekannt gegebenen Verkaufsstellen

aber Herr Matthes eine kühne Schwelung und erklärte für die Separatisten als tatlich richtig, dem deutschösterreichischen Kandidaten ihre Stimme zu geben, also Herrn v. Graefe-Goldebe aus Mecklenburg. Die Erklärung für diese merkwürdige Haltung ist inzwischen gefunden. Herr Matthes wurde nämlich über seine für einen rheinischen Separatisten reichlich auffällige Empfehlung eines deutschösterreichischen in einer Versammlung zur Rede gestellt und mußte zugeben, daß er ein leidenschaftlicher Reffe des deutschösterreichischen Kandidaten Graefe-Goldebe ist. Daher ziehen plötzlich am Wahlkampf in Düsseldorf der rheinische Separatist und völkische Junter einträchtig am gleichen Strang. Diese Blutsverwandtschaft mit dem deutschösterreichischen Agrarier aus Mecklenburg mag die Vorliebe des Separatistenführers für faschistische Gewaltmethoden erklären. Herrn Graefe und den Deutschösterreichischen gratulieren wir zu diesem Vorspann.

Katholische Abwehr.

München, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie seit längerer Zeit angekündigt, veranstalteten die Münchener Katholiken am Donnerstagabend eine große Kundgebung gegen Juden- und antisemitische Propaganda im Hitler-Prozess. Es waren u. a. auch der Kardinal Faulhaber und die Minister Schwenner und Ratt erschienen. In seiner Protestrede sagte der Reichstagsabgeordnete Rauch: „Judenborst hat den Papst angegriffen, dem er es doch zu verdanken hat, daß er nicht als Kriegsverbrecher an die Entente ausgeliefert worden ist. Aber Dankbarkeit ist eine bescheidene Blume, die nicht auf dem Feldherrnhügel gedeiht.“ Rauch behandelte dann die christentumsfeindlichen Ziele der völkischen Bewegung, lobte den italienischen Faschismus und den Hitler der ersten Zeit, der noch in einer einfachen Rankarde gefesselt habe, während der Hitler von heute nur mehr der Teufel sei; die Führung hätten andere in der Hand. — Nach der Annahme einer Entschuldigungsrede sprach der Kardinal noch einige von Bitterkeit erfüllte Schlussworte: „Wir Katholiken fordern heute, daß wir nicht nur die Gnade von Menschen bekommen, für unser Vaterland als Ebenbürtige zu leben. Wenn, was Gott fernhalten möge, die Stunde kommt, wo man wieder hunderttausende braucht zum Totschlagen, dann wird man wieder mit den Katholiken Frieden machen.“

Bayern und Frankreich.

München, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die schon früher behauptete Verbindung der Bayerischen Volkspartei (Dr. Heim) mit den Franzosen zwecks einer Separation Bayerns veröffentlicht der „Völkische Kurier“ neues Material. Nach dieser Darstellung erhielt der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Reichstagsabgeordneter Eisenberger, im April 1920 eine Einladung der Führer der Bayerischen Volkspartei zu einer Besprechung in einem Münchener Hotel. Eisenberger lehnte ab, weil man wegen eines Zusammengehens mit den Franzosen reden wollte. Im Mai 1920 kam dann ein Dr. Morin zusammen mit dem Reffen Willerands im Auto nach Hagenau bei Kuppelberg, dem Hof Eisenbergers, um ihn zu beeinflussen, zu einer Separation Bayerns mit Unterstützung Frankreichs mitzumachen. Eisenberger lehnte wiederum ab und warf die beiden hinaus. Um Zeugen der Unterredung zu haben, hatte er vorher seinen Sohn Georg und seinen Nachbar Steiler herbeigeholt. Dabei sagte der Reffe Willerands: „Herr Eisenberger, tun Sie doch mit, die Herren von der Bayerischen Volkspartei haben schon zugesagt. Wir brauchen nur noch den Bauernbund.“ Eisenberger und die Zeugen sind bereit, diese Aussagen mit ihrem Eid zu bekräftigen.

Deutsche Gelehrte.

Wollen nicht ins Ausland.

München, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf Einladung der Universität Reapel an die bayerische Akademie der Wissenschaften, sich an dem 700jährigen Jubiläum der dortigen Universität durch eine Abordnung zu beteiligen, fand die Münchener Akademie ein Dankschreiben, in dem es am Schlusse heißt:

„An der Feier selbst durch eine Abordnung teilzunehmen ist uns leider nicht möglich. Die bayerische Akademie der Wissenschaften ist zwar jederzeit bereit, sich an internationalen Arbeiten zu beteiligen, sie kann aber internationale Feste der Welt nicht mitfeiern, solange sich das deutsche Volk infolge des Friedensdikts von Versailles unter fortwährendem französischer Vergewaltigung in der Lage eines rechtlosen Paris befindet.“

Kein Zweifel: Die deutschösterreichischen Heldenjünglinge werden über diese „Ja!“ der bayerischen Akademie der Wissenschaften jubeln. Das Bewusstsein ist nur, daß auch die Professoren nicht mehr Verständnis für die Wiederherstellung guter Beziehungen mit dem Ausland haben wie die Hakenkreuzjünglinge. Man bietet ihnen die Hand — aber sie lehnen dankend ab, solange sich das deutsche Volk in der rechtlosen Lage eines Paris befindet! Ihr Blick reicht nicht so weit, zu erkennen, daß die Universität Reapel an dieser Lage Deutschlands nicht schuld ist und die Art der Ablehnung ihrer Einladung unter diesen Umständen geradezu eine Provokation bedeutet. Das nennt man dann „nationales Empfinden“, dessen Wirkung in der Praxis schließlich darauf hinausläuft, Deutschland im Ausland noch mehr Feinde zu machen, als es dank der deutschnationalen

nen Kriegspolitik heute leider immer noch hat. Wenn unsere Hakenkreuzler und Deutschnationalen aber schon der oben gekennzeichneten Auffassung sind, warum lehnen sie dann nicht auch die erträglichen Geschäfte mit den ehemaligen Kriegsgegnern ab, solange sich das deutsche Volk in der rechtlosen Lage eines Paris befindet? — Also auch hier ergibt sich wieder der Beweis, daß „nationales Empfinden“ von den Deutschnationalen und Hakenkreuzlern noch außen nur gezeigt wird, wenn es nichts kostet und Gewinne nicht verlorengibt. Im allgemeinen gilt für sie nach wie vor der Grundsatz: erst das Geschäft und dann — das Vaterland. Die Münchener Akademie der Wissenschaften hat dafür neuerdings einen glänzenden Beweis geliefert.

Vertagte Micum-Verhandlungen.

Düsseldorf, 11. April. (TU.) Die Sechserkommission hat in der heutigen Verhandlung mit der Micum erneut ihre Bereitschaft, die Sachleistungen über den 15. April hinaus fortzuführen, bekanntgegeben, falls ein Weg für deren Finanzierung gefunden wird. Für eine solche Regelung hat sie der Micum schriftliche Vorschläge unterbreitet. Die Verhandlungen sind nicht zum Abschluß gelangt. Sie werden Sonntag vormittag 10 Uhr fortgesetzt.

Die Gewerkschaften bei der Micum.

Bochum, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaftsvertreter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes waren am Donnerstag nachmittag erneut zur Entgegennahme von Informationen nach Düsseldorf zur Micum eingeladen. Ueber die Verhandlungen der Micum mit den deutschen Industriellen wurde u. a. mitgeteilt, daß die Industriellen eine Verlängerung der Micum-Verträge wünschten. Indessen seien dabei von den Industriellen zwei Sicherungen als notwendig bezeichnet worden: 1. eine regelmäßige Wagensetzung und 2. die Möglichkeit zur Finanzierung der Betriebe. Der Leiter der Micum erklärte daraufhin, daß die Unregelmäßigkeit der Wagensetzung auf die unregelmäßige Rückkehr der in das unbesetzte Gebiet gehenden Wagen zurückzuführen sei. Die Finanzfrage sei eine Kreditfrage, und die Micum erkenne an, daß Kredite notwendig seien, um die Betriebe in Gang zu halten. Die Kreditfrage sei aber gleichzeitig eine Vertrauensfrage, denn Kredit sei Vertrauen. Das Vertrauen würde jedoch erschüttert, wenn von deutscher Seite andauernd erklärt würde, die Micum-Daten seien nicht tragbar und müßten die Betriebe zum Stillstand bringen. Die Micum sei überzeugt, daß die Verträge erträglich seien. Daher würden ab 1. April bei Nichterfüllung der Verträge alle nach Ansicht der Micum notwendigen Maßnahmen gegen die Industrie ergriffen werden.

Die Vertreter der Gewerkschaften verwiesen auf die große Belastung der Arbeiterschaft durch die Micum-Verträge, die zu einer unumgänglich noch länger erträglichen Notlage geführt haben. Die Lebenshaltung der Arbeiter sei derart geworden, daß in nicht ferne Zeit die Produktion erheblich leiden müsse. Diese Tatsache finde ihren Ausdruck u. a. auch in dem Lohnanteil am Kohlenpreis. Während in der Vorkriegszeit der Lohnanteil 55 Proz. des Kohlenpreises ausmache, beträgt er heute nur noch 29 Proz. Selbst wenn man dabei die inzwischen eingetretene Lohnerhöhung unberücksichtigt lasse, müßte, um den Vorkriegslohn zu erlangen, den Bergarbeitern noch eine Lohnerhöhung von mindestens 25 Proz. zugestimmt werden. Gesetze das nicht, so seien die Folgen unabsehbar.

Kennzeichnend ist die Erklärung der Micum-Vertreter, die darauf erfolgte: Nach ihrer Meinung ist im Gegensatz zu der Auffassung der Gewerkschaften, das Lohnniveau der Arbeiter nicht derart, daß irgendwelche Befürchtungen begründet seien. Das Niveau der Lebenshaltung sei ausreichend und liege nicht unter jenem Stand, der zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig sei. Die Vertreter der Gewerkschaften ließen zum Schluß darüber keinen Zweifel, daß diese Ansicht der Micum unhaltbar ist.

Freispruch im Albi-Prozess.

Paris, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Das wegen Brandstiftung angeklagte Direktionskomitee der Genossenschafts-Glasschütte in Albi ist am Mittwoch vom Schwurgericht freigesprochen worden. Das Komitee hat daraufhin am Donnerstagmorgen versucht, sich erneut in den Besitz des Wertes zu setzen; es wurde jedoch davon von der Gendarmerie gehindert. In einer sofort einberufenen Versammlung erklärte die Belegschaft, daß sie sich hinsichtlich der Zukunft des Wertes der Entscheidung einer ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre fügen werde, die so schnell wie möglich herbeigeführt werden soll. Bis dahin soll das Werk in die Hände des rechtmäßigen Aufsichtsrates zurückgegeben werden. Man hofft, bis dahin weitere Zwischenfälle verhindern zu können.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende: Im Jahre 1922 hatte die Generalversammlung der Aktionäre die Gründung einer Pensionskasse beschlossen, die zu gleichen Teilen durch Beiträge von dem Arbeitsverdienst der Angestellten und Arbeiter und durch Beiträge des Wertes alimentiert werden sollte. Als Grundstock stufte das Werk eine aus den Kriegsgewinnen gesammelte Reserve von 1,7 Millionen bei. Ein Teil der Belegschaft protestierte gegen den Beschluß der Generalversammlung. Zwei Gewerkschaften (Sondikate), die, obwohl ihnen die Mehrheit der Belegschaft als Mitglieder angehört, in der Generalversammlung überstimmt worden waren, versuchten den Beschluß anzufechten. Ohne den Ausgang des Gerichtsverfahrens abzuwarten, beschloßen die beiden Sondikate, sich mit Gewalt in den Besitz des Wertes zu setzen. Das gelang ihnen ohne Widerstand, nachdem der Aufsichtsrat vorher alle Gelder und die Bücher in Sicherheit gebracht hatte. Die beiden Gewerkschaften setzten ein Direktionskomitee ein, das den Betrieb fortzuführen versuchte, bereits aber nach drei Wochen aus Mangel an Betriebsmitteln die Pforten ausgeben und die Arbeit einstellen lassen mußte. In einem öffentlich angeschlagenen Manifest erklärte das Direktionskomitee, daß es sich lieber unter den Trümmern des Wertes begraben lassen wolle, als aus ihm herausgehen. Diese Drohung wurde zwar nicht buchstäblich ausgeführt, die sechs Mitglieder des Direktionskomitees begnügten sich vielmehr damit, die abseits gelegenen Wärsräume des Wertes in Brand zu stecken, aber nicht ohne gleichzeitig Vorkehrungen gegen eine Ausdehnung des Feuers getroffen zu haben. Nach ihren eigenen Aussagen hatten sie lediglich eine Demonstration bezweckt, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die Konflikte in dem Genossenschaftswerk zu lenken.

2 500 000 Kleinhäuser in 15 Jahren.

Das Riesenprojekt der Arbeiterregierung.

London, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Das von der Regierung zur Ausarbeitung eines Programms über den Bau von Arbeiterhäusern zur Bekämpfung der Wohnungsnot eingesetzte Komitee hat seine Arbeit beendet und ein umfassendes Programm vorgelegt. Das Komitee repräsentiert alle Gruppen des Bauwesens, auch die Unternehmer. Es schlägt vor, das Parlament ein Bauprogramm beschließen zu lassen, das sich über 15 Jahre erstreckt und den Bau von insgesamt 2 500 000 Arbeiterhäusern vorsieht. Die Gewerkschaften haben durch ihre Vertreter ausdrücklich versichert, daß sie der Durchführung des Programms jede Unterstützung leisten würden. Die von dem Komitee festgesetzten Preise des Baumaterials verhindern eine Überbetrieberung. Für jedes der Häuser ist nach dem Programm ein Baugrund von etwa 100 Quadratmeter vorgesehen. Die Löhne der Bauarbeiter sollen grundsätzlich denen der allgemeinen Tarif entsprechen. Ueber den voraussichtlichen Baupreis der Häuser ist noch nichts gesagt.

Der Kampf der Buchdrucker.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs.

Zwischen der Forderung der Buchdrucker auf 35 Mark Wochenlohn in der Spitze und dem Schiedspruch auf 30 Mark Wochenlohn, blieb eine so große Differenz, daß die Buchdrucker den Schiedspruch ablehnten. Die Arbeitgebervertreter haben sich großmütig gezeigt und werden ab 3. Mai 1,50 M. pro Woche zulegen, drei Pfennig für die Stunde. Damit wäre die Differenz wohl etwas verringert, aber doch bei weitem nicht derart ausgeglichen, daß die Buchdrucker die Verbindlichkeitserklärung etwa begrüßen könnten.

Der lohnpolitische Unternehmerstandpunkt zu den Löhnen der Ungelernten geht dahin, diese Löhne müßten niedriggehalten und die Löhne der Gelehrten gehoben werden. Haben sie es aber mit Forderungen gelehrter Arbeiter zu tun, dann sind sie besorgt, diese nicht hochkommen zu lassen, um den Ungelernten nicht etwa einen Anreiz zu höheren Lohnforderungen zu geben. Dieser Standpunkt ist sehr praktisch, anpassungsfähig, und vor allen Dingen in jedem Falle profitlich. Daraus kommt es natürlich an.

Wie die Buchdruckergehilfen sich zur Verbindlichkeitserklärung stellen werden, bleibt abzuwarten.

Bei der Firma H. S. Hermann kam es gestern wegen der Lohnfrage zum Konflikt, der zur Entlassung des gesamten Buchdruckerpersonals führte.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen sah das Reichsarbeitsministerium in folgender Erklärung zuammen:

„In dem Lohnstreit im deutschen Buchdruckgewerbe haben über einen Schiedspruch vom 2. April wie üblich, noch Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Der Schiedspruch sieht für die höchste Ortsklasse eine Erhöhung des Wochenlohnes bei 48stündiger Arbeitszeit von 27 auf 30 M. vor. In den Verhandlungen haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, für die Zeit vom 3. bis 31. Mai einen Spitzenwochenlohn von 31,50 M. zu zahlen, und zwar in den Fällen, in denen 48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Unter Berücksichtigung auch dieses Zugeständnisses der Arbeitgeber ist der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister als angemessen angesehen und daher für verbindlich erklärt worden.“

Der Schiedspruch sieht für die höchste Ortsklasse eine Erhöhung des Wochenlohnes bei achtundvierzigstündiger Arbeitszeit von 27 M. auf 30 M. vor. Für die übrigen Ortsklassen entspricht die Erhöhung der bisherigen Abstufung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Buchdruckgewerbe ist diese Lohnerböhung veranlaßt. Sie stellt sich aber auch als das auf dem Boden eines gewissen für ganz Deutschland geltenden Tarifvertrages heraus. Die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnerböhung erscheint auch für die Arbeitgeber tragbar, und zwar um so mehr, als die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium zu oben erwähntem Zugeständnis bereit erklärt haben.

Da eine friedliche Beilegung des Streites im öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist, mußte die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden. *gez. Dr. Brauns.*

Zu diesem Schiedspruch erläßt der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker folgenden:

Angestellte der Metallindustrie!

Die Nachrichten aus den Betrieben lassen erkennen, daß trotz aller gegenseitigen Versicherungen die Mitgliedsfirmen des BMM nicht gewillt sind, den vom BMM verbindlich erklärten Schiedspruch vom 3. März 1924 durchzuführen.

Da wir bereits für die nächsten Tage Verhandlungen über die Festlegung der April-Gehälter beantragt haben, werden wir auch bei dieser Gelegenheit nochmals die Durchführung des Schiedspruchs gemäß Beschluß der AM-Funktionärerversammlung vom 7. April fordern.

Bis dahin ersuchen wir unsere Vertrauensleute unter keinen Umständen die Mitgliedsbücher der Personalbüros usw. vorzulegen, da dieses Verlangen der Firmenleitungen nicht nur im Widerspruch zu der von ihnen selbst geforderten Fassung des § 2 des Tarifvertrages steht, sondern darüber hinaus einen so unerhörten Eingriff in die Koalitionsfreiheit darstellt, der den geschlossenen Widerstand der Gesamtangestellten scharf bedingt.

Gleichzeitig weisen wir noch darauf hin, daß die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Schiedspruches bei der Reichsarbeitsverwaltung bereits beantragt worden ist.

Wir werden am Verhandlungstische erneut eine AM-Funktionärerversammlung einberufen und bitten, in den nächsten Tagen die Arbeiterpresse zu beachten in der das Versammlungstafel bekanntgegeben wird.

AM-Metall-Kartell. Günther. Lange. Rothe.

Schiedspruch für die Berliner Gas- und Wasserwerke.

Die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke haben eine Erhöhung des Lohnes um 50 Proz. verlangt. Das Angebot der Direktion lautete auf 3 Pf. Lohnerböhung pro Stunde. Der Schlichtungsausschuß billigte den Arbeitern 5 bzw. 6, den Gas- und Wasserwerken 3 Pf. Lohnerböhung pro Stunde. Dieses Schiedspruches erfolgt am Sonnabend und Montag eine Urabstimmung.

Streik in Warenhäusern.

Die Angestellten der Warenhäuser A. D. B. und Jandorf haben beschlossen, heute früh in den Streik zu treten. Es dreht sich um die Entziehung des freien Nachmittags im Monat, die Kürzung

Aufruf:

Mit der vorstehenden Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ist nun in unserem Lohnstreit die letzte Entscheidung gefallen. Zu einem Zeitpunkt, wo das Gewerbe sich in bester Konjunktur befindet, und wo infolge einer überspannten Preispolitik des Deutschen Buchdruckervereins glänzende Gewinne gemacht werden, hat der Reichsarbeitsminister einen unzulänglichen Schiedspruch zum Lohngefes erhoben. Wir sind dagegen machtlos, denn die Organisation ist durch die Verbindlichkeit an den Schiedspruch gebunden und ist nun gezwungen, an die Gehilfenchaft die Aufforderung

zu richten, sich auch ihrerseits dem Schiedspruch zu unterstellen. Die Verantwortung für die dauernde Beunruhigung des Buchdruckergewerbes liegt infolge der von den Unternehmern verfolgten kurzfristigen Lohnpolitik nicht auf uns.

Wenn gegenüber allen Bemühungen des Verbandsvorstandes das Ergebnis für die Gesamtheit unbefriedigend geblieben ist und die aus den Mitgliedschaften impulsiv hervorgegangene Bewegung nun abgedröchen werden muß, so ist doch daraus mit zwingender Notwendigkeit die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Organisation mit allen Kräften und Mitteln gestärkt werden muß, um allen Erfordernissen der Zukunft und den sicherlich noch weiter in verstärktem Maße auftretenden Schwierigkeiten gewachsen zu sein.

Hamburg, 11. April. (Eigener Drahtbericht.)

Eine am Donnerstag abend abgehaltene Versammlung der Buchdrucker Groß-Hamburgs ergab nach kurzer Dauer die Zustimmung zu dem Antrag der Verhandlungskommission, über die Frage des Streiks zur Durchführung der Forderung von 35 M. Wochenlohn eine Urabstimmung durchzuführen. Es steht außer allem Zweifel, daß sich für diese Forderung eine Mehrheit ergeben wird, so daß für Sonnabend bestimmt mit einem Streik im Buchdruckgewerbe Groß-Hamburgs zu rechnen ist.

Dresden, 11. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter haben in fast allen größeren Orten Sachsens den Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe, der einen Wochenlohn von 30 M. vorsieht, abgelehnt. Sie fordern einen Wochenlohn von 35 M. in der Spitze und Wiederherstellung der alten Arbeitsbedingungen, die verschlechtert wurden, als die Buchdrucker jede Ueberzeugsarbeit ablehnten. Da gegenwärtig eine gute Konjunktur für das Buchdruckgewerbe vorhanden ist, glauben die Buchdrucker den Kampf mit Erfolg beginnen zu können. In Dresden ist der Streik am Freitag morgen ausgebrochen. Die Betriebe der bürgerlichen Zeitungsdruckereien stehen still. Die Leipziger Buchdruckerbesitzer wollen die Forderung der Gehilfen mit der allgemeinen Ausprägung beantworten. Die Zeitungsdruckereien in Bauen und Zittau haben die Forderung bewilligt, nachdem die Gehilfen Massenänderungen eingereicht hatten.

In Breslau ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen ist damit für heute unmöglich gemacht. Ob die „Volkswacht“ erscheint, steht noch nicht fest.

des Urlaubs und die Veröngerung der Arbeitszeit um eine Stunde an 120 Tagen im Jahre. An der Bewegung sind etwa 3000 Angestellte beteiligt, die größten Teil der freien Anstaltengewerkschaft angehören. Der 30. ist an derselben nicht beteiligt.

Kommunistische Enttäuschung.

Die Kommunisten des graphischen Gewerbes hielten vorgestern abend in den „Arminhallen“ eine öffentliche Versammlung ab, um die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Berufe zum sofortigen Kampf aufzurufen. Die Versammlung, die zum großen Teil von Arbeiterinnen besucht war, teilte bei weitem nicht die Auffassung der Versammlungsleitung. Und wenn man vernahm, was die sogenannte Opposition hier unter der Tagesordnung „Die Situation im graphischen Gewerbe und die Einstellung unserer Führer“ Welbewegendes zu sagen hatte, dann waren es lediglich die alten abgedroschenen kommunistischen Phrasen. Wolf, Czerny, Wars u. a. zogen in alter Manier über die „Gewerkschaftsbureauträter“ her, die zu nichts weiter fähig seien als zum „Verrat“ an der Arbeiter-schaft. Czerny hielt es für angebracht, in seinem Referat den Buchbinderarbeitern gleich Kindern, denen man Zucker verspricht, höhere Löhne in Aussicht zu stellen, wenn sie sich nur alle dem kommunistischen Buchbinderverband anließen.

Den wahren Geist im graphischen Gewerbe erkannte man aber, als in der Diskussion sogar ein kommunistischer Redner von „Realpolitik“ sprechen konnte und dabei von der Versammlung ruhig angehört wurde.

Eine Resolution, die durch sofortigen allgemeinen Streik die Zurückübernahme aller verlorenen Positionen fordert, wurde zwar angenommen, aber ein großer Teil der Anwesenden enthielt sich der Stimme. Die Versammlung war in ihrem ganzen Verlauf für die Kommunisten ein klägliches Fiasko.

Die Kammacher.

In der Branchenersammlung der Kammacher referierte Böse vom Holzarbeiterverband über den jetzigen Tariflohnstand. Seit längerer Zeit steht die Branchenleitung mit den Arbeitgebern der Kamm- und Haarschmuckindustrie in Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Schwierigkeiten entstehen in der Arbeitszeitfrage. Die Arbeitgeber verlangen unter gewissen Voraussetzungen die 54stündige Ar-

beitszeit und eine wesentliche Verkürzung der bisherigen Ferien. Bisher hatte ein Arbeiter nach einer halbjährigen Beschäftigungsdauer Anspruch auf drei Tage Urlaub, bis zu acht Tagen nach dreijähriger Beschäftigungsdauer. Die Lohnfrage machten die Arbeitgeber abhängig von dem Zugeständnis in der Arbeitszeit. — Tarifliche Vereinbarungen bestehen zurzeit nicht. Die Versammlung lehnte einstimmig die von den Arbeitgebern eingereichte Vorlage ab und gab der Verhandlungskommission auf den Weg, die Grundlage des alten Tarifvertrages festzuhalten. In der Arbeitszeitfrage stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß auch die Arbeitszeit keinesfalls über 8 Stunden ausgedehnt werden darf. Die Konjunktur in der Branche hat sich bedeutend gehoben, und auf Grund dieser Tatsache forderte die Versammlung einmütig, daß ein Tarif durchgesetzt werden muß, der wie in den übrigen Branchen im Holzgewerbe auf einer gerechten Grundlage steht und eine erträgliche Existenz des Arbeitnehmers ermöglicht.

Gewerkschaftsfunktionäre werden abgebaut.

Die Bahnmelsterei Oranienburg hat beim letzten Personalabbau acht Bahnunterhaltungsarbeiter entlassen, darunter drei Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Diese auffällige Tatsache mußte bei den Betroffenen natürlich die Ueberzeugung wecken, daß ihre gewerkschaftliche Funktion Grund für die Entlassung gewesen sei. Sie hatten deshalb beim Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung oder Entschädigung.

Es ging den Klägern so, wie es in solchen Fällen fast immer zu gehen pflegt: Die Entlassenen können manches dafür anführen, daß sie sich durch die Vertretung der Interessen ihrer Kollegen bei den Vorgelegten unbeliebt gemacht haben, aber sie können das nicht so einwandfrei nachweisen, daß das Gericht ein juristisch begründetes Urteil darauf fügen könnte. Die für die Entlassung maßgebenden Beamten versichern natürlich, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter habe gar keinen Einfluß auf die Entlassung, es lämen nur wirtschaftliche Gründe in Frage, die Entlassenen seien nicht produktiv, das heißt, sie leisteten in der Arbeit nicht so viel, wie von ihnen erwartet wurde.

In einem Falle konnte dieser Entlassungsgrund dem Gericht auch glaubhaft gemacht werden, denn der Betroffene konnte infolge einer Handverletzung, die er sich vor langer Zeit — nicht an Diensten der Eisenbahn — zugezogen hatte, nur zu höheren Arbeiten verwendet werden, was auch jahrelang geschehen ist. Jetzt aber war das ein Entlassungsgrund, den auch das Gericht als berechtigt anerkannte und deshalb die Klage abwies.

Im zweiten Falle kam es gar nicht erst zur Verhandlung, weil der Kläger die Frist zur Einreichung der Klage überschritten hatte.

Im dritten Falle konnte der Kläger glaubhaft machen, daß er nicht unproduktiv, sondern voll leistungsfähig ist. Das leuchtete auch dem Vertreter der Eisenbahndirektion ein, der sich schließlich erbot, er werde sich für die Wiedereinstellung des Klägers verwenden, wenn dieser ein dahingehendes Gesuch an die Direktion richte. Dies Angebot wurde angenommen. — Wir wollen hoffen, daß die Verwerfung des Direktionsvertreters Erfolg hat.

Das Chor- und Ballettpersonal der Staatsoper befindet sich nach wie vor im Streik.

Die Mannheimer Metallindustriellen haben sämtlichen Arbeitern zum 17. April gekündigt, falls bis dahin nicht alle Arbeiter von Heinrich Lanz die Arbeit wieder aufgenommen haben. — Auch in der bayerischen Metallindustrie sind — wie aus München berichtet wird — Differenzen ausgebrochen.

Der Buchdruckerstreik in Budapest hat die Zeitungverleger zu dem Entschlusse veranlaßt, für ihre Abonnenten ein gemeinsames Blatt („ungarische Presse“) in ungarischer und deutscher Sprache herauszugeben, was von den Druckerbesitzern selber gekehrt und gedruckt wird — es ist kein Fehler, wenn die Arbeitgeber die Arbeit in ihrem Hoch wieder kennen- und wüßdigen lernen.

Mitteilung Buchdrucker! Montag, den 14. April, nachm. 5½ Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Zutritt haben nur die Delegierten der Bezirke und der Betriebe (4 des Bezirksbüros). Der Gewerkschafts-

Verbandsrat, Hauptgruppe Kleber, Montag, den 14. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Das Zeitgenossen aller Kollegen ist Pflicht.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Felix Karst; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2, 2. Stock.

Bergmanns Zahnpasta

„Rosodont“



im Gebrauch die billigste

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei • Nrd 9296

DUNLOP Vollgummi-Reifen

■ für Last-Kraftwagen ■

sind ebenbürtig in Konstruktion und Haltbarkeit den

DUNLOP CORD -Reifen für Fahrräder und Automobile

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Frühlingswanderungen.

Wir begrüßen in diesem Jahre nach einem langen und harten Winter mit besonderer Freude die bescheidenen Anzeichen eines schon vorhandenen Frühlings. Und wenn es mit den Knospen und der jungen grünen Herrlichkeit diesmal noch sehr im Argen liegt, so sind wir doch in aller Bescheidenheit froh überzeugt zu wissen, daß wenigstens der Winter dahin ist. Um dieses restlos zu erfahren, müssen wir aus dem Bereich der Steinhäuser und Asphaltstraßen hinaus.

Finkenflug - Hennigsdorf.

Vom Lehrter Hauptbahnhof bringt uns der Ravener Vorortzug über Spandau nach Finkenflug. Sobald wir den Bahnhof verlassen haben, treffen wir auf die ersten Spuren des Frühlings. Wir gehen rechts hinaus, jedoch nicht in der Richtung zum „Alten Finkenflug“, sondern sogleich links ab, in der Nähe der Bohn weiter. Der Waldrand ist von zahlreichen Haselbüschen besäumt, die fast in voller Blüte stehen. Bergedens würden wir uns jedoch nach Tannen und Blütenpracht umschauen. Die Blüten der Hasel sind unscheinbar, wie die der Erlen. Wir auf der weiteren Wanderung auch noch antreffen werden. Sie leuchten nicht in prägnanten Farben, auch verraten sie sich nicht durch ausströmenden Duft. Die Insekten, auf die solche Reizmittel wirken sollen, sind noch nicht erschienen. Die Hasel gehört zu den Windblütlern. Als arüthelartige Röhren können die männlichen Blüten lose beweand an den Ästen. Die weiblichen Blüten drängen sich wohlversteckt in ihren Knospenhöhlen zusammen und strecken nur zwei dünne rote Narben heraus. Wenn wir den Haselstrauch aufmerksam betrachten, dann werden wir bald die zierlichen roten Fadenbüschel finden, die darauf warten, daß ihnen der Wind die männlichen Staubkörner zumutet. Denn die Befruchtung geschieht erst, dann entsteht während des Semmers in der aus Deckblättern gebildeten Hülle die Frucht die uns als Haselnuß wohlbekannt ist. Auch bei der Hasel ist es so wie bei den anderen Windblütlern: die Blütenhülle, die den männlichen Blüten Staub erneuert, hängen außerordentlich leicht beweand mit dem übrigen Pflanzenkörper zusammen, und dann blüht die Hasel ganz zeitig im Frühjahr — in günstigen Jahren schon Ende Februar —, wenn heftige Winde vorherrschen, und wenn noch keine Belohnung der Verbreitung des Blütenstaubes hinreichend ist. Am nächsten Wälderhäuschen überschreiten wir die Bahn. Der Weg führt durch schönen Rickwald. Hell leuchten die weißspeligelbten Birken, deren Blätter bald von einem zartgrünen Schleier umwoben sein werden. Häufig treffen wir hier die Weib- oder Hainbuche an, deren Stämme ausgeprägte Sägenwulsten zeigen. Wir kommen zum Forsthaus Bredow. Gegenüber dem Forsthaus werden wir uns rechts ab. Am Rande einer Wiese wandern wir zur Bohn, überschreiten diese und haben bald einen kleinen See erreicht. Besonders schön heben sich die schimmernden Birken von dem sabbgrünen Boden des Baches ab, ein farbenstreiches Frühlingsbild. Wir wandern rechts um den kleinen See herum. Der Fußpfad geht zu einem Graben, den wir mit Reichtum überbrücken, und dringt uns an das als Chauffee ausgebaute Gestell K. Wir haben den Brieselaner erreicht, jenes Waldgebiet, das sich inmitten des Seebeckens erstreckt. Stellenweis zeigt uns der Brieselaner das Bild eines sumpfen Erdenbruchwades, während an trockeneren Stellen Felsen mit Eichen und Birken abwechseln. Die Sumpfgelände sind gedünnete Bruststätten von Mäden und anderen Insekten, die an warmen Tagen den Wanderer org plagen können. Wir folgen der Chauffee nach rechts bis zum Quersattel o; auf diesem wandern wir links zum Forsthaus Brieselang, am Rande des Waldes. — Wie überschreiten hier den Nieder-Neuendorfer Kanal. Jenseits beginnt die Blütenheide. Wir wenden uns halbwegs durch den Wald nach Paulin. Durch die Dorfasse, in deren Mitte die Kirche steht, wandern wir bis nahe zum Dorfe. Abdann biegen wir links ab zur Chauffee. Hier gehen wir hochrechts, am Walde entlang, nach Wandorf. Nun folgen wir der Chauffee, die sich am Finkenfluß herzieht, nach Böhlow. Die drei Dörfer Auen am Südhang des Olen, der Hochfläche, die des Haselbusch im Norden begrenzt. Der Name entstammt dem Wendischen und deutet auf Lehm hin. Doch er dieser Landschaft zu Recht beielegt ist, beweisen die Behm- und Tongruben von Belten, die am Ostabhang der Hochfläche angelegt wurden. Der Olen trennt das havelisch im Süden von dem Rhinisch im Norden; jenes gehört dem Berliner Urstromtal an, dieses dem Eberswolder. Wir wandern am Bahnhof Böhlow

vorüber auf der Chauffee weiter, die durch ausgebehte Wiesen führt. Am Ende der Wiesen geht hochlinks der Jungferndamm ab. Bald haben wir den Wald erreicht; auf der Blodstraße überschreiten wir den von Belten kommenden Ruhrgraben. Nun führt der Weg durch den Wald weiter, am Rande sonnenreifer Dünen, die sich rechter Hand ausbreiten. Am Ende des Waldes sehen wir vor uns das Dorf Hennigsdorf mit seinen uralten Holzhäusern. Nach kurzer Wanderung sind wir am Bahnhof Hennigsdorf, von wo aus wir die Rückfahrt nach Berlin (Stettiner Bahnhof) antreten. Weglänge etwa 25 Kilometer.

Jepernid - Birkenwerder.

Mit dem Bernover Zug fahren wir vom Stettiner Vorortbahnhof bis Jepernid. Vom Bahnhof wenden wir uns rechts, überschreiten die hier vorüberfließende Banke, und kommen durch die Kolonie Schönbrück zum Dorf Schönow. An dem kleinen Kirchlein vorüber wandern wir zum Nordausgang des Dorfes. Hier wenden wir uns hochrechts. Durch ein an Dünen reiches Waldgebiet fahren wir dem Bombäher Bache bis zum ersten Querweg; eine Sandrinne ist hier angelegt worden. Auf dem Querweg gehen wir nach links: Das Dünengebiet spürt wir sehr deutlich an der sandigen Beschaffenheit des Bodens. Bald haben wir jedoch die Chauffee erreicht, der wir bis zum Horstsee folgen. Wir wandern rechts von diesen kleinen märkischen Waldern, überschreiten die Kreuzauer Chauffee und hoch darauf die Brieselaner Steinbahn und haben bald das Gut Dammsmühle erreicht. Der Wald besteht aus Kiefern; das Gelände ist nahezu eben, nur hin und wieder unterbrochen kleine schwellende Erhebungen die Geländehöhe der Sandfläche. Wir gehen nach links um das Gut herum, bis wir auf die von Röhrenbed kommende Chauffee gelangen. Dieser folgen wir nach Norden, am Gutspark mit seinen Leichensteinen vorbei, bis zu einer Wälderstraße. Hier wenden wir uns nach links. In der Nähe des Mühlendammes wandern wir auf dem Summtor Weg weiter durch schönen Wald. Wir kommen zum Summtor See, in dessen Rarier führt sich die erwähnten Häuser vom Summtor spieren. Durch Summtor führt die Brieselaner Chauffee, die wir beim Chauffeehaus erreichen. An der bald darauf folgenden Biegung der Chauffee wandern wir geradeaus weiter — ein Wälderhäuschen steht an dieser Stelle. Unter Weg acht hoch in schauerreicher westlicher Richtung als Gestalt F (Summtor-Gestalt) durch den Ficht Dammstr. Auch hier haben wir ein an Dünen reiches Gelände, dessen Erhebungen wir rechts und links des Baches deutlich auffragen sehen. Schließlich führt der Weg aus dem Wald hinaus, kurz vor dem Bahnhof Birkenwerder.

Wenn wir noch Zeit genug übrig haben, können wir den etwas nördlich gelegenen Badesee und die dicht dabei vorüberfließende Briesee aufsuchen. Auch hier haben wir Gelegenheit, an den mit ihren bescheidenen Blüten geschmückten Erlen die Spuren des wiedererstandenen Senzes wahrzunehmen. Des Winters Nacht ist abgebrochen, der Frühling hat seinen Einzug gehalten! (Weglänge etwa 22 Kilometer.)

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 12. April.
 Tageseinteilung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vordr. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
 4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7—7.30 Uhr: „Wer darf einen Babikopf tragen?“ (Ruth Göss). 8.30 Uhr: 1. Erinnerung an Jorren, von Curtia, Wolga, von Stolz (Rudolf Zank). 2. La Charmouza, von Corbin (Trompeter, Richard Stegmann, 3. Pagen-Arie aus „Maskenball“, von Verdi (Mizzi Fink). 4. Heitere Vorträge (Karl Schnog). 5. Herrgott, beschütze den Rhein, von Brückner, Dirndl-Lied von Nelson (Rudolf Zank). 6. Saeterjontens-Sondag, von Ole Bull. Romanse von Koslak (Trompeter, Richard Stegmann). 7. Parla-Walzer, von Ardit (Mizzi Fink). Am Flügel: Kapellmeister Otto Uraak.

Er wollte seine Ruhe haben...

Die 24jährige Rosa Schafys wurde mit einem Keilenstrauß in der Hand und Bürgemalen am Hals in einem Hausflur der Moenslebenstraße aufgefunden. Sie hatte mit Alkohol, Blumen und Zärtlichkeiten ihren Geburtstag gefeiert und war in Feststimmung aus dem Leben gegangen. Freiwillig oder nicht? Der Wurstmag, die Mädchen, Zuhälter, Caféhausbesitzer, hausbewohner in der Moenslebenstraße werden erfolglos befragt. Keine Spur, kein Fingerzeig. Endlich leuchtet ein Anhaltspunkt wie ein einsamer Leisferr durch den undurchsichtigen Nebel des Rätselhaften. Ein junger Student mit Hornbrille ist mit der Toten, damals der Feuchtschlichen, gesehen worden und ist nun spurlos verschwunden. O, er wird sich wohl hüten, sich der Polizei zu stellen! Denn hat er das Verbrechen begangen — er weiß wohl, was ihm winkt. Die Zeugen behaupten ja, das Geburtstagskind habe noch 100 Mark in der Tasche gehabt. Die fehlen: also Raubmord — vor den neuen Schwurgerichten gleich Todesstrafe oder 15 Jahre Zuchthaus. Und hat er es nicht getan, wie soll er sein Mißi beweisen, da doch kein Mensch gesehen haben kann, wie er leise, um niemand zu wecken, nachts in sein Zimmer geschlichen ist.

Also Nord? 500 Mark Belohnung! — wer die nicht gern verdienen wollte — eine Auslandsreisegebühr. Aber wo den Anhaltspunkt finden? Die Kriminalpolizei zerbricht sich den Kopf. Die Tat ist doch im Hause selbst geschehen. Aber der Bürger, wo steht der? Die Einwohner des Hauses in der Moenslebenstraße werden noch einmal der Reihe nach einzeln vernommen. Niemand weiß etwas. Endlich, da, einer. Das erfahrene Auge des Kriminalkommissars glaubt etwas bemerkt zu haben. — So etwas Unmögliches, aber so etwas... das genügt schon. Der weiß mehr als er sagt. Er muß mehr wissen. Raus damit... Ra also. — Sie haben nachts die Tür nicht öffnen können? Das Mädchen hing an der Türflanke?! Und Sie haben geschwiegen, haben uns die große Mühe nicht erspart? — Ja, aber — wenn ich in den Verdacht gekommen wäre? Ich bin ja nur ein Bürger, der seine Ruhe haben will. Die Frau mit dem Keilenstrauß hing an der Klinke — das war Unordnung. Ich hängte sie ab, leute sie beiseite — da war wieder Ordnung. Und dann legte ich mich schlafen. Alles andere. — was geht mich das an. Die Polizei versteht ja ihre Sache und ist auch dazu da, alles aufzuklären. —

So der Bürger. Tugendhaft und ängstlich, lasterhaft und ordnungsliebend, brutal und wehleidig mit sich selbst — mit einem Wort eine Stütze der Gesellschaft. Was würde aus der Gesellschaft, aus dem Staat, wenn sie sich auf lauter solche Ordnungspfeiler stützte, wie das tapferste Schneidern aus der Moenslebenstraße? Gesetzt den Fall: die Schafys hätte noch geatmet, sie wäre am Leben geblieben, wenn ihr Hilfe geworden wäre; sie wäre gestorben, weil der biedere Schneidermeister sie wie ein Stück Vieh am Boden hat liegen lassen. Hätte er sich nicht gar strafbar gemacht, weil er einen Menschen in hilflosem Zustande dem Tode preisgegeben? Der Spießer schreit bei jeder Gelegenheit nach Polizei. Er ist unter Umständen bereit, den Uebelthäter selbst zu lynchen. Es ist ja nicht allzu lange her, als die Wenige einen jungen Dieb einfach vor den einfahrenden Zug stieß. Die Kriminalpolizei ist aber nicht imstande, die Andixen und die Anhaltspunkte bei Verbrechenentdeckung aus den Fingern zu laugen, sie ist auf die Hilfe des Publikums angewiesen. Daher die Presseberichte des Polizeipräsidenten, die Sämannschläge über begangene Verbrechen. Was schert dies aber den Spießer! Höchstens, daß er der Senfikon wie des täglichen Brotes bedarf und daß die Belohnung ihn zur Hilfe anspornt.

„Stahlhelm“, der Tröster.

In Nr. 41 der „Deutschen Destillateur-Zeitung“ finden wir folgendes Inserat: „Stahlhelm, Wort und Bild als Waren“ zeichnen seit 16 geschäftl. soll für Wein und Spirituosen bezirksweise verwertet werden. Verwertungsgefände und Angabe der Bezirksgröße erbeten August Winnide, Hildeheim.“ Wird nun dieser Schnaps auch an Juden abzugeben? Der Gott, der Eien wahren ließ, schuf auch August Winnide und seinen völkischen Stahlhelmschnaps.

(Kosdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Franl.

„Kennen Sie einen Herrn Jürgen Kolbenreiter? Möglicherweise trägt er — ich, selbstverständlich, weiß das nicht — einen Schnurrbart.“
 Der Angeredete fragte zurück: „Verzeihung, sind Sie Schutzmann? In meinem Hotel waren nämlich heute Schutzleute, die einen entsprungnen Irren namens Kolbenreiter suchten. Viele Schutzleute durchsuchten ganz Berlin nach diesem Berrückten.“
 „Wiele? ... Wunderbar! Sie werden mich sicher finden.“
 Getragen von Zuversicht, schritt er seditend und pfeifend auf das kleine Hotel zu, in dem er die letzte Nacht geschlafen hatte. Die Vorübergehenden, die Schutzleute, Chauffeure, alle blidenden Menschengen, alle Menschen auf der Erde suchten ihn.
 Da sah er wieder diese von einer unsichtbaren Last erdrückte Frau, der er schon am Morgen und noch einmal gegen Abend desselben Tages beinahe an derselben Stelle begegnet war, und die anzusprechen und nach sich zu fragen er nicht gewagt hatte, wegen der erstarrten Hoffnungslosigkeit in ihrem Anblick.
 Die Frau, deren Lebensgefährtin vor zwei Tagen gestorben war, trug, in Blick und Gang schon wie körperlos geworden, seit zwei Tagen die Last der hoffnungslosen Vereinsamung ziellos im Kreise immer um denselben Häuserblock herum.
 Das bange Gefühl, diese Frau sei in ihrem armen Herzen so erstickt, daß sie nicht mehr geben und nicht mehr empfangen könne, verhinderte ihn auch jetzt wieder daran, einmal bei der Hoffnungslosigkeit anzufangen, nachdem alle von Hoffnungen und Zielen noch Erfüllten ihm nicht hatten helfen können.
 Nur den Bruchteil einer Sekunde sah sie Jürgens banges Blick auf sich gerichtet. Ein stöhnendes Schluchzen brach aus. Drei Töne. Dann trug sie, wieder starren Gesichtes, weiter langsam durch die Straße ihre hoffnungslose Vereinsamung.
 Vor dem Hotel sprach der Portier mit einem Schutzmann. Zurückweichend blieb Jürgen stehen, bewegte den Zeigefinger

vor der Brust verneinend hin und her, pfliff, die Brauen hochgezogen, einen Ton und lehrte um.
 „Die suchen ja mich, den Fräulein, den Scheinbürger, den Scheinbürger, den, der im Hotel den Namen Kolbenreiter auf den Meldebettel schrieb. Sie suchen das Nichts, das sich anmaßte, zu sein.“
 Die Angst, festgenommen und eingesperrt zu werden und sich dann nicht mehr suchen zu können, jagte ihn fort. In ein anderes Hotel zu gehen wagte er nicht. Er wagte nicht mehr, sich sehen zu lassen. Ganz plötzlich sah er keine Möglichkeit mehr, sich zu finden.
 „Eingekreist! ... Im Freien schlafen! Eingekreist!“
 Ein letzter Rest von Hoffnung, Hilfe zu finden bei der hoffnungslosen, trieb ihn ihr nach, die Straße hinunter, die in den Tiergarten mündete. Sein Gesicht war in Abwehr verzerrt. Die Zähne blickten.
 Sein Körper fiel auf die erste Bank, die am Spreekanal stand. Die Vereinsamte neben ihm hatte sich nicht gerührt. Sie anstigte sich nicht. Sie blidte blindstarr auf das Leben, das weiter gina, hinweg über ihr Leben: Zwei Stadtbahnzüge, leuchtende Liniale, schoben sich aneinander vorbei, durch die Nacht.
 Sah das Sterbestimmer, wo der, mit dem zusammen sie in Kampf und Leid des Lebens ein Leben gelebt hatte, noch auf dem Bette lag, weiß zugedeckt, bis zum Kinn.
 Am Tone schon des ersten Wortes, das sie sprach, fühlte Jürgen, daß neben ihm das Schicksal sah.
 Zu Füßen der beiden regte sich leise das Leben: streifte das Wasser die Reuer.
 Sie hob die kraftlose Hand. Sie sagte, verneinend, tränenrauchen, warnenden Tones, als warte sie jeden einzelnen dieser Erde: „Kein hartes Wort kann mehr zurückgenommen werden.“
 Erschlossen plötzlich und schmerzlich berührt von der erhöhten Größe dieses schicksalhaften Leids der Hoffnungslosigkeit, berührte er die Schulter der Vereinsamten.
 Sofort brach sie in stöhnendes Weinen aus. „So früh gestorben, weil er für diese Zeit zu gütig war. Zu gütig war.“ Stand schwer auf. „Zu viel, zu viel ist mir geschehen.“ Und ging. Das Dunkel nahm sie.
 Vor dem reglos Sitzen, der schmerzlich bewegt den verklingenden Schritten lauschte, ankerte neben der kleinen Eisenbrücke im Kanal ein Frachtschiff, auf dessen äußerster

Spitze unter dem roten Signallicht ein junger Hund stand, der aufmerksam blidte. Und wie damals, da er, kommend aus Katharinas Zimmer, zusammen mit den neuen Bezirksführern stadtwärts marschiert war, wehte auch jetzt kühler Leiergeruch, und durch die Baumkronen schimmerten die Lichter der Stadt.
 Entbunden durch seine tiefempfundene Hilfsbereitschaft, die ihm verstatet hatte, das eigene Leid zurückzustellen, und verstatet noch durch das erinnerungsträchtige Landschaftsbild, war in Jürgen plötzlich Sehnsucht nach Katharina und zugleich mit dieser brennenden Sehnsucht das Gefühl, körperlich vorhanden zu sein, mit solch blidhafter Schelligkeit entstanden, als ob es ihm nie entchwunden gewesen wäre.
 So gewaltig war die Freude, daß ihm nicht Kraft blieb, den Freudekrei auszustößen. Weichheit tat sich milde in ihm auf. Tränen drongen durch die Lider. Nachtvoll zog die Hoffnung in ihn ein.
 „Schnou“, flüsterte er zärtlich und lockte mit Daumen und Reigefinier.
 Der Hund erhob sich, wedelte mit dem Schwanzstumpf, ließ, zutraulich wimmern, auf dem Bordrand hin und her, stand, blidte, bestte verlangend einen Ton. Stille ringsum.
 Ein Hund und am Himmel die Sterne. Das ist zu viel und zu wenig für den Menschen. Zu wenig und zu viel. Der Mensch leidet... Er erkenne im Leide und kämpfe!“ sagte Jürgen. Das war wie ein Gelübde.
 Ohne Eile, ohne Weile schritt er stadtwärts, zum Bahnhofe. Und fuhr mit dem nächsten Zuge zurück in die Heimatstadt. Seine Haare waren ergraut, Gesicht und Körper ganz vom Fleische gefallen.
 Einige Tage nach seiner Rückkehr — Herr Wagner und drei Kerze waren bei Jürgen gewesen — stand in der Zeitung, Herr Kolbenreiter, Teilhaber der bekannten Bankfirma (deren Stammhaus übrigens schon in den nächsten Tagen in neuer, verschönerter und bedeutend vergrößerter Gestalt dem Parteienverkehre übergeben werden würde), habe sich durch seine unermüdete und hingebungsvolle Arbeit eine Nervenentzündung zugezogen, die zwar sehr schmerzhaft, aber bei der kräftigen Konstitution des Patienten nach Ansicht der Kerze allein schon durch Ruhe und den Aufenthalt in frischer Luft rasch zu beheben sei, so daß Herr Kolbenreiter seine bewährte Arbeitskraft bald wieder in den Diensten der Firma werben stellen können.
 (Fortsetzung folgt.)

Der blinde Passagier im Kohlenzug.

Das neueste Abenteuer des Einbrechers Erich Strauß.

Einen überraschenden Gang machten Überwachungsbeamte auf dem Verschleppbahnhof Kummelsburg. Sie sahen dort einen körperlich völlig heruntergekommenen Mann in Zuchthauskleidung, der sich scheu umblinzt und verflucht, von dem Gelände des Verschleppbahnhofs zu entkommen. Die Beamten nahmen ihn fest und übergaben ihn der Polizei.

Der Festgenommene gab ohne weiteres zu, daß er der berüchtigte alte Einbrecher Erich Strauß sei, der mit seinem älteren Bruder Emil zusammen in Berlin eine Reihe der bewegtesten Einbrüche verübte. Die beiden Brüder hatten sich zu a unter falschem Namen in der Chausseestraße 39 eingerichtet. Am 19. Dezember wurde der Geburtstag der Wirtin gefeiert. Es erschienen dazu auch einige Gäste, und mitten in der Feststunde erschien die Kriminalpolizei. Die Brüder Strauß sprangen hinter einen Vorhang und empfingen die Beamten mit einem Schnellfeuer aus ihren Pistolen. Ein Kriminalbeamter wurde so schwer getroffen, daß er nach wenigen Tagen starb. Zwei andere wurden erheblich verletzt. Die Verbrecher, die zunächst entkommen, wurden bald festgenommen und nach längerer Unterjuchungsfrist zu schweren Strafen verurteilt. Emil Strauß, der geistige Urheber aller Verbrechen, verbüßte nach anderen Strafen seine Zuchthausstrafe in Münster und hat wegen seiner blutigen und phlogopischen Anwandlungen schon wiederholt von sich reden gemacht. Erich Strauß erhielt 14 Jahre Zuchthaus, die er nach Verbüßung von anderen Strafen jetzt noch in Groß-Strelitz in Oberkasseln abzusitzen hatte. Wie er jetzt vor der Kriminalpolizei sagte, gesiel ihm dort die Behandlung und auch das Essen so wenig, daß er schon wiederholt verflucht, in ein anderes Zuchthaus zu kommen. So verfluchte er vor einiger Zeit einen Häftling, so daß er operiert werden mußte. Zuletzt läufte er einen Tobsuchtsanfall vor und kam deshalb in eine im Keller gelegene Isolierzelle, weil man den Anfall für echt hielt. Von irgendeiner Seite erhielt er nun eine Säge zugestiftet. Vorgestern durchdringt er mit ihr die Zellen, entflieht aus dem Keller, flieht in der Zuchthauskleidung nach dem Bahnhof Groß-Strelitz, sprang heimlich auf einen zur Abfahrt bereitstehenden Kohlenzug, grub ein Loch, wie er sagt sein Grab, in die Ladung, legte sich hinein und bedeckte sich mit Kohlen zu. So fuhr er als blinder Passagier in der bitteren Kälte und ohne etwas zu sich nehmen zu können, 20 Stunden lang nach Berlin. Zuerst dachte er in Frankfurt a. d. O. über Selbstmord abzusprechen und zu Fuß hierher zu gehen. Dazu war ihm dann der Weg aber doch zu weit. Seine Hoffnung, daß der Zug in Köpenick halten werde, und daß er von dort aus entkommen könne, erfüllte sich auch nicht. Er mußte bis Berlin mitfahren und wurde hier ergriffen. Der früher sehr kräftige Mensch ist durch die Operation und jetzt noch durch die beschwerliche Fahrt außerordentlich heruntergekommen. Die beiden Verbrecher (mit ungewöhnlich intelligent. Sie stammen aber aus einer Trinkerfamilie und wurden von den Beuten, bei denen sie in der Jugend untergebracht waren, schon früh zum Stehlen angehalten.

Der Bürgerblock im Rathaus.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß an den Schwierigkeiten im Berliner Rathaus nicht nur die Deutschen und Kommunisten schuld haben, die den Kabau nur allzu gern als politisches Kampfmittel verwenden. Mindestens die gleiche Schuld trägt die Führung der Mittelparolen Kommunisten, Demokraten und Volkspartei. Können sich nicht dazu entschließen, sich von dem Hirngespinnst einer Bürgerblockpolitik zu befreien und eine sachliche, im Interesse der Gemeinde gelegene Arbeit unter oft unangenehmen Umständen zu leisten und sich ganz offen von dem deutschnationalen Druck freizumachen und wie die Sozialdemokratie nur die Interessen der Gemeinde in den Vordergrund zu stellen. Die Zeit, wie die bürgerliche Presse über die Stadtratswahlversammlung vom Donnerstag berichtet, ist dafür typisch. Die „Zeit“ beschäftigt wieder einmal, daß ihre Redaktion offenbar Anweisung bekommen hat, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu schreiben und die Dinge so darzustellen, als ob mit dem Sozialismus nichts zu machen sei, weil sie hoffnungslos von den Kommunisten eingejagt seien. Die „Zeit“ hat die Stirn, die Vorgänge im Rathaus folgendermaßen zu schildern:

Der Kampf der Kommunisten gegen die Arbeitsfähigkeit des Stadtparlaments ging gestern weiter. Aber wer da geglaubt hätte, daß dieses keine Entschlossenheit gegen Rabaugefälle auch weiterhin behaupten würde, hätte nicht mit den Sozialdemokraten gerechnet, die angeführt von den Kommunisten in der letzten Woche häufig gerühmten Werbetrommel und abgehaltenen dreißig Wahlversammlungen Angst vor ihrem eigenen Male bekommen haben. (1) Es waren Proteste gegen die „Hausrecht“ der Bourgeoisie“ beschlossen worden, und die Sozialdemokraten wollten diesen Vorwurf und die damit verbundene Verachtung nicht auf sich sitzen lassen und saßen den heftigsten Angriffen zu Kräfte zu kriegen. Denn es ist ihnen um ihre Wahlen Angst geworden. So trat sich vor Beginn der Sitzung ein heftiges Geklärr mit den Kommunisten. Schließlich kam ein Kompromiß zustande, der gefallt, daß die gesamte marxistische Linke (Armes Zentrum) einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, durch den das Ausschließen des Stadtrats von dem Magistrat und damit implizite der Eintritt eines kommunistischen Nachfolgers genehmigt werden soll.

Es ist wirklich bedauerlich, daß so etwas gedruckt werden kann. Die Nichtgenehmigung des Eintritts von dem Magistrat ist ein offenkundiges Unrecht, gegen das die Sozialdemokratie von Anfang an gewarnt hat. Jedes anständige Mitglied in den bürgerlichen Parteien, auch in der Volkspartei, hat uns Recht gegeben, als wir Sozialdemokraten bei den Rabauken vor einer Woche die Vertreter bürgerlicher Parteien darauf aufmerksam machten, daß diese Eigenen, die — gewiß bedauerlich und nicht zu rechtfertigende — Folge der offensichtlichen Vergewaltigung der kommunistischen Fraktionen, die genügend Beweiskraft besitzen, daß dieser Antrag in der nächsten Sitzung, auch mit den Stimmen zahlreicher Bürgerlicher, nicht nur des Zentrums, angenommen werden wird. Die Haltung der „Zeit“ zeigt von weiter nichts, als von einem bei unseren deutschen politischen Verhältnissen ja selber nicht mehr ungewöhnlichen stumpfsinnigen Fraktionsgeist. Im Berliner Rathaus zeigt sich dieser Mangel an politischer Kultur bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit. Das Hin und Her bei der Vorberberatung war keineswegs Zufall. Herr Mertens, der Führer

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbusser Tor
Straßen-Anzüge
31, 36, 40, 45, 54, 65, 75, 80, 90 u. 93
Regenmäntel
von M. 27,50 29,50 36,50 45 50 56

Besonders preiswertes Angebot!
Gabardine, Herrenware 11 50
150 cm breit . Meter
Homespun, reine Wolle 5 50
150 cm breit . Meter
Tuchlager FEUER & LEVY
Gertraudenstraße 18/19, Ecke Grünstraße

der Demokraten, genau so gut wie Herr v. Cynern, der Sprecher der Volkspartei, sind typisch bürgerliche Vertreter, denen die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse nach wie vor ein Dorn im Auge ist und die am liebsten auch heute noch mit Bürgerblockmethoden im Rathaus Politik machen würden, wenn es nur ginge.

Nicht weniger aber ist die Manier der Kommunisten, so zu tun, als ob die Sozialdemokratie ihnen jetzt erst Recht gegeben hätte. Es lohnt sich wirklich kaum, mit Leuten zu streiten, die ja doch nur lügen können. Die Sozialdemokratie ist von Anfang an dafür eingetreten, daß der Weg zurückzuführen kann. Sie wird aber auch immer dafür sorgen, daß die selbst gegebene Verfassung des Stadtparlaments von jedem Mann, auch von den Herren Kommunisten, respektiert wird. Wir haben es begrüßt, daß die Kommunisten am Donnerstag so vernünftig waren, ihren Rabau einzugestehen. Sie merkten sich wohl selber gefast haben, daß sie all ihrer „Entlassungsstrategie“ auf niemand mehr Eindruck machen, und wir hoffen, daß sie uns in Zukunft mit ihrem Treiben verschonen.

Öffentliche Wählerversammlungen

heute, Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr:

Adow: Lokal Bäumann. Referent: Bezirksverordneter Lempert.

Oberschöneweide (Bezirk Westen): bei Knappe Westendstr. 17. Referent: bei Knappe Westendstr. 17. Referent: Landtagsabgeordnete Luise Köhler.

Tagesordnung: „Der Kampf um den neuen Reichstag“.

Montag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr:

Bohnsdorf: Lokal Bierbach, Bahnhofstraße. Tagesordnung: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die deutsche Arbeiterklasse“.

Und das schreit über „Verlotterung“!

Dem Krieg haben das Reich, die Länder und die Gemeinden den drückenden Mangel zu danken, den wir jetzt überall bei den öffentlichen Einrichtungen bemerken. Von „Verlotterung“ sprechen hier gerade diejenigen Kreise, die durch ihre Kriegshebe das deutsche Volk ins Unheil getrieben haben und durch ihre Verlogenheit nach einem Rohkrieges mit neuem Unheil bedrohen. Die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, den sie selber verschuldet haben, sollen in strapuzierter Apollon ihnen jetzt auch noch als Mittel dienen, ihre Verlogenheit zu fördern. Unter dem Mangel selbst befinden die Gemeinden, aber bisher haben sie in schwerem Ringen sich noch davon abgehalten, in wirkliche Verlotterung hineinzufallen. Mit großen Opfern versuchen sie die Löcher zu stopfen, die schon der Krieg gerissen hatte und die in den Jahren nach dem Krieg unter der Geldnot nur noch ärger werden mußten. Wer aber ist es, der den Gemeinden die Lösung dieser Aufgaben erschwert? In Berlin hat der Magistrat für die Krankenhäuser der Stadt zur Erneuerung ihrer Wäsche, die nach völliger Abnutzung sich heute in einem geradezu unzulässigen Zustand befindet, zwei Millionen Mark beantragt. In der letzten Stadtratsversammlung, wo darüber zu beschließen war, beantragten die Deutschnationalen, den Betrag auf eine Million herabzusetzen. Wahlgemeist, die Deutschnationalen, deren Agitation und deren Presseorgane über die „Verlotterung“ der städtischen Anstalten schreien! Wie die Wäsche der Krankenhäuser aussieht und welche Überwindung es kostet, sie noch zu benutzen, das wissen alle, die jetzt in einem Krankenhaus liegen müssen. Welchen Zweck können die Deutschnationalen damit verfolgen haben, daß sie dem Magistrat die Mittel zur Erneuerung der Wäsche um die Hälfte kürzen wollten? Offensichtlich brachten sie keine Mehrheit zusammen, und wenn die Stimmen der Deutschnationalen wurden dann die zwei Millionen Mark bewilligt. Die auf die Benutzung öffentlicher Krankenhäuser angewiesene Bevölkerung weiß, was sie von diesen „Vollstrecken“ zu halten hat. Wie lächerlich es in der Berliner Gemeindeverwaltung aus, wenn sie in ihre zu kommandieren hätten?

Der „Mietraumsuchende“.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen stellt mit: Nach einem vom 31. Januar 1924 ergangenen Rechtsentscheid des Kammergerichts konnten die Wohnungsämter nach dem Inkrafttreten des Wohnungsmangelgesetzes beim Einigungsamt den Abschluß eines Zwangsmietvertrages zugunsten eines Wohnungsuchenden erst dann beantragen, wenn sie dem Verfügungsberechtigten wenigstens zwei Wohnungsuchende zugewiesen hatten, die beide bereit waren, einen Mietvertrag über die ihnen zugewiesenen Räume abzuschließen. Für die Praxis der Wohnungsämter ergaben sich hieraus die allergrößten Schwierigkeiten. Der Magistrat hat daher beim preussischen Wohlfahrtsminister beantragt, ihn auf Grund des § 6 des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 zu ermächtigen, eine Befristung dahingehend zu erlassen, daß es für Berlin bei dem unter der alten Wohnungsmangelverordnung geltenden Rechtszustand, wonach die Zuweisung nur eines Wohnungsuchenden genügt, verbleibt. Mit Erlass vom 7. April ist der Magistrat dementsprechend ermächtigt worden. Weiter hat der Wohlfahrtsminister mit Erlass vom 10. April den Magistrat auf seinen Antrag ermächtigt, in den § 12 des Berliner Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 an Stelle des Wortes „Wohnungsuchender“ das Wort „Mietraumsuchender“ zu setzen. Der Magistrat hat auf Grund der beiden Ermächtigungen den § 12 der angezogenen Befristung dementsprechend geändert. Die Wohnungsämter sind auf Grund der neuen Befristung, die am 14. d. M. in Kraft tritt, daher nunmehr nur zur Beantragung eines Mietraumsuchenden verpflichtet und können beim Einigungsamt den Abschluß eines Zwangsmietvertrages auch für gemietete Mieter beantragen. — Im übrigen liegt der Entwurf eines neuen Berliner Wohnungsmangelgesetzes in der auf Grund der neuen Befristung über Mietersuche und Wohnungsmangel notwendig gewordenen Fassung noch den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vor.

Schwere Betriebsunfälle. In dem Hüttenwerk von Rader G. m. b. H. in Zempelhof wurden gestern abend die in einem kleineren Raum beschäftigten Arbeiter Friedrich Niedmann aus Rendsburg und Hermann Stöber aus Weig, durch Gas vergiftet, bestattungsfähig aufgefunden. Beide konnten in 8 Leben zurückgerufen werden, mußten aber nach dem Erster Krankenhause transportiert werden. Das Gas war einer schwebenden Kohleleitung entströmt. — Der 15jährige Arbeiter Georg Dost aus Nauenberg geriet gestern vormittag in dem Betriebe der Lederindustrie „Genossenschaft“ in Spindlersfeld in eine Maschine, wurde von dem Treibriemen erfasst und wiederholt herumgeschleudert. Mit mehreren Brüchen der Arme und Beine schaffte man den Verunglückten nach dem Röntgen Röntgenaufnahme, wo er wenige Stunden später seinen Verletzungen erlag.

Quittungs-Marken
seit 40 Jahren
Conrad Müller,
Schkenditz-Leipzig.

Milchpreise ab 12. April Für den Bezirk der Stadt Berlin betragen die Preise für Vollmilch bei Abgabe der Milch vom Kleinbändler an den Verbraucher 28 Goldpfennige, bei Abgabe der Milch aus Kuhställen an den Verbraucher 33 Goldpfennige; die Preise für Rahmilch 8 Goldpfennige. Diese festgesetzten Preise gelten vom 12. April ab; mit dem gleichem Tage treten die bisherigen Preisfestsetzungen außer Kraft. Die A-Milchsorten werden mit 1/2, die B-Milchsorten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit 1/2 Liter Vollmilch befreit.

Großfeuer kam am Freitag nachmittag in der fünften Stunde in Wannsee in einem großen Getreidefeld in der Chausseestraße 15a zum Ausbruch. Auf mehrmaligen Alarm rückten sechs Löschzüge aus Vichterfelde, Steglitz u. w. d. h. aus. Als dies an der Brandstelle ankamen, stellte es sich heraus, daß Menschenleben nicht in Gefahr schwebten. Es gelang, das Feuer durch kräftiges Wasseroberben auf den Speicher zu beschränken. Die Entschung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt.

8. Kreis Wilmersdorf. Heute, abends 7 Uhr, bei Pieper, Hofsteinische Str. 60, wichtige Sitzung der Beamten. Vorbereitung. Das Erscheinen sämtlicher Beamten ist Pflicht.

Ueberflutung im Obergerbiet. Im mittleren Obergerbiet ist alles überschwemmt. Auf den Oberwiesen ragen nur noch die Spitzen der Bäume und Sträucher aus dem Wasser hervor. Bei Schwedt bildet das Oberthal eine einzige gewaltige Wasserfläche. Bei Greifenhagen ist das ganze mehrere Kilometer breite Oberthal eine einzige große Wasserfläche, die alle Dämme und Wege überflutet.

München im Schnee. Seit gestern vormittag herrscht in München ununterbrochener Schneefall, wie mitten im tiefsten Winter. Der Straßenbahn-, Auto- und Fuhrwerksverkehr konnte sich in den Nachmittagsstunden nur noch mit großen Beschränkungen und unter erheblichen Schwierigkeiten vollziehen. Auch Störungen im Telefonverkehr sind zu verzeichnen.

Ungeheure Hitze und Dürre in Prag. Meldungen aus Prag zufolge herrscht dort seit sechs Wochen eine ungeheure Hitze und Dürre. Seit Februar gab es überhaupt keinen Regen. Man fürchtet, daß die Baumwollenernte vollständig vernichtet wird. Es ist auch in vielen Orten Mangel an Trinkwasser eingetreten.

Wieder ein schweres Grabunfall. Auf der Zeche Wiens dahlsdorf in Prufel bei Dortmund erfolgte eine Schlagwetterexplosion, wodurch vier Bergleute getötet wurden. Bei den Rettungsarbeiten fanden noch zwei Steiger der Rettungsmannschaft den Tod. Eine Untersuchung zur Feststellung des Grundes der Explosion ist eingeleitet.

Ein Toter der „Dignauden“. Die Leiche des Funktelegraphisten von dem vor wenigen Wochen verloren gegangenen französischen Zerstörer „Dignauden“ ist nach einem Bericht des französischen Konsuls von Palermo bei Mazzara an der sizilianischen Küste ans Land gekommen.

Aus der Partei.

Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschloß wie uns aus London gemeldet wird, am Freitag, den 11. April, den nächsten Exekutivtagung, die nach dem Luxemburger Beschluß in der Pfingstwoche in Wien stattfindet, auf Donnerstag, den 5. Juni, festzusetzen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vertrauliche Gespräche. Sonntag vorm. 11 Uhr, Doppellesung 13 Vortrag des Herrn Dr. W. Seitz: „Schleiermacher. Sein Leben und Wirken.“ — Güte willkommen.

Berlinische Arbeiter- und Gewerkschaften. Sonntag, den 12. April, abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. W. Seitz: „Schleiermacher. Sein Leben und Wirken.“ — Güte willkommen.

Arbeiterport.

Neue Kameradschaft Schöneberg. Heute, Sonnabend, den 12. April, 10 Uhr, Arbeiterport im Schöneberger Arbeiterklub. Vortrag des Herrn Dr. W. Seitz: „Schleiermacher. Sein Leben und Wirken.“ — Güte willkommen.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Freitag, den 11. April.

- 1. Rennen: 1. Ring (Kogowski), 2. Fieberle (F. Schmidt), 3. Hohenberg (E. Lemmer). Toto: 92: 10. Platz: 82, 16, 33: 10. Ferner liefen: Jumiens, Daubmann, Ede D. L. Ricardelli.
- 2. Rennen: 1. Peter Darrleier (G. Gruber), 2. Lindenhofer (M. Ringius), 3. Imperlalt (H. F. Allen). Toto: 84: 10. Platz: 15, 17, 15: 10. Ferner liefen: Ludwig R. Hinko, Corona Nr. Kinney, Leudlturn, Wankel, Dompfaff, H. Hinko.
- 3. Rennen: 1. Ostman (H. Ring), 2. Jahnke (H. Schleudner), 3. Rebel (Rehns). Toto: 15: 10. Platz: 11, 18, 19: 10. Ferner liefen: Simmer, Apworth, B. Vongorbe (als 3. disqualifiziert, 60 Proz. der Platzwetten zurück), Quibel, Rantke, Kaiter.
- 4. Rennen: 1. Oelprinz (H. Busch), 2. Karamer (Oerfuch), 3. Gindard (Rehns). Toto: 192: 10. Platz: 27, 23, 19: 10. Ferner liefen: Wankelturn I, Petra Hübner (disq.), Heiderole D. Gerales, Baron Karamer, Galon Jr. (angab), Nora Sagen.
- 5. Rennen: 1. Silvester (H. Schulz), 2. Fernerle (H. F. Allen), 3. Erdmann (H. Hedert). Toto: 78: 10. Platz: 16, 17, 15: 10. Ferner liefen: Clematis Blau, Teufelsbart, Schütz, Jung Bertried (angab).
- 6. Rennen: 1. Graf (H. Schöder), 2. Ollen D. (H. Hedert), 3. Feis (H. Reih). Toto: 43: 10. Platz: 15, 47, 73: 10. Ferner liefen: Cadlac Agwirth, Michel Angelo, Copal, Theo Weiss, Princey Via.
- 7. Rennen: 1. Oelprinz (H. Busch), 2. Paul D. (H. Ringius), 3. Carl Obe (H. Ringius). Toto: 11: 10. Platz: 10, 16: 10. Ferner liefen: Gindard.
- 8. Rennen: 1. Hergland (H. Hinko), 2. Jahnke I (Kogowski), 3. Alpenler (H. Ringius). Toto: 17: 10. Platz: 12, 15, 17: 10. Ferner liefen: Lutz Petarrin, Erker Bolter, Heffies Jr., Fred Wilkes Jr., Gledchen R. Galdonitzin, Ventreke.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kanz. „Ein“ den guten Conch Tod Sch. der es in Ipät H. Die öffentliche Schuldhaft macht ihren Kunden im heutigen Anzeigenteil eine Obergabe. Sie hat für einen großen Teil ihrer eigenen Produktion die Preise vorübergehend bis Oftern kurz erniedrigt. Bei Rückgabe der Anzeigen wird jeder eine Dose Conch Tod Creme gratis octobiert.

M. Riethmüller seit 1902
„DAS HAUS DER TUCHE“
Berlin C 2, Molkenmarkt 15 (Ecke Post-Strasse)
seit 20 Jahren leistungsfähig!
Herrenstoffe für Straße, Sport und Reise von M. 3.50 an
Damenstoffe, Gabardine, Rippe, Marocains . 8.50 u. 50

HALPAUS RARITÄT Die Qualitäts-Cigaretten.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

7. Januar	1,13
14. "	1,11
21. "	1,08
28. "	1,06
4. Februar	1,04
11. "	1,03
18. "	1,04
25. "	1,05
3. März	1,06
10. "	1,07
17. "	1,11

Steigerung gegen die Vorwoche 3,7 Proz.

Der Reichsindex ist demnach in den letzten Wochen zum ersten Male seit längerer Zeit wieder stärker gestiegen. Der amtliche Kommentar führt diese Erhöhung auf die Steigerung der Mieten zurück, betont aber, daß die Belastung für die Mietensteuer im laufenden Monat noch nicht voll zum Ausdruck kommt, da in vielen Erhebungskreisen die Höhe noch nicht feststeht. Es ist demnach anzunehmen, daß die Lebenshaltungskosten auch in den kommenden Wochen noch steigen werden, zumal eine Reihe von Bedarfswaren in der letzten Zeit die Tendenz zur Verteuerung zeigen.

Die Satzungen der Golddiskontbank.

Die Deutsche Golddiskontbank ist am 7. April eröffnet worden. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist nach der Satzung der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Hjalmar Schacht, stellvertretender Vorsitzender der Vizepräsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. v. Glöckner. Den Vorstand bilden Geheimrat Oberfinanzrat Kauffmann, Geheimrat Finanzrat Dr. Bernhardt, Geheimrat Finanzrat Dr. Friedrich und Reichsbankdirektor Fuchs sämtlich in Berlin. Die Geschäftsräume befinden sich im Gebäude der Reichshauptbank in Berlin, Eingang Kleine Bäckerstraße 1.

Der Geschäftsbetrieb wird am Mittwoch, den 16. April, eröffnet werden. In der von den Gründern festgestellten Satzung heißt es u. a.: Die Deutsche Golddiskontbank hat den Zweck, auf Grund in- und ausländischer Kapitalbeteiligung und Kreditgewährung sowie unter Ausbarmodung verfügbarer Goldreserven mit Hilfe des von ihr verliehenen Notenausgaberechtes berechnete Kreditbedürfnisse der heimischen Wirtschaft zu befriedigen. Sie ist als reine Privatbank einer in- oder ausländischen Kontrolle nicht unterworfen. Sie darf in keiner Form dem Reich, den Ländern oder Kommunen Kredite gewähren oder Garantien für sie übernehmen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankergeschäften und die Ausgabe von Banknoten. Letztere dürfen nur auf Beträge von 5 Pfd. Sterling oder einem Vielfachen davon lauten. Die Ausgabe von Noten im höheren Betrage bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates. Notenscheine der Bank können, auch soweit sie Notenscheine sind, bei ausländischen Treuhändern gehalten werden. Als Treuhänder sollen in der Regel ausländische zentrale Notenbanken dienen. Werte, die zur Notensicherung gehören, dürfen weder besetzt noch verpfändet werden. Für die Veröffentlichung der Ausweise gelten die Bestimmungen des § 8 des Bankgesetzes.

Das Grundkapital beträgt 10 Millionen Pfd. Sterling in Aktien über je 10 Pfund Sterling und zerfällt in zwei Gruppen A und B. Die Aktien der Gruppe A in Höhe von 5 Millionen Pfd. Sterling werden von der Reichsbank übernommen und von ihr voll eingezahlt. Sie lauten auf Namen und sind auf den Namen des Eigentümers im Aktienbuche einzutragen. Die Aktien der Gruppe B von insgesamt 5 Millionen Pfd. Sterling lauten auf den Inhaber, werden von den Gründern übernommen und in Höhe

von 25 Proz. jede Aktie sofort eingezahlt. Auf die nicht voll eingezahlten Aktien fordert der Vorstand nach gutachtlicher Anhörung den Aufsichtsrats in bestimmten Fristen weitere Einzahlungen und behält das Recht des einzelnen Aktionärs auf jederzeitige Vollzahlung ein. Die Einzahlung ist in vom Vorstand zugelassenen Devisen oder Gold zu leisten.

Das Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr; das erste Geschäftsjahr endet am 31. Dezember 1924. Von dem Reingewinn wird zunächst eine Dividende von 8 Proz. an die Aktionäre ausbezahlt. Den dem dann verbleibenden Gewinnbeträge sind 50 Proz. an das Reich abzuführen, über die restlichen 50 Proz. beschließt die Generalversammlung, welche auch die Vergütung des Aufsichtsrats festsetzt.

Weitere Bestimmungen der Satzungen regeln die Verfassung, Geschäftsführung, Bilanz und Reservefonds und die Auflösung.

Zunahme der Spartätigkeit.

Die durch die Vernichtung der Papiermark gestörte Spartätigkeit beginnt seit der Stabilisierung wieder aufzuleben. Der Einlagenbestand der Groß-Berliner Sparkassen bewegte sich in der letzten Monaten in scharf steigender Richtung. Nach den letzten bekanntgegebenen Zahlen betrug bei ihnen der Einlagenbestand in Goldmark:

Ende	im Giroverkehr	im Sparverkehr
Dezember 1923	5 932 280	188 728
Januar 1924	12 861 090	1 494 083
Februar	14 089 177	2 002 217
März	24 068 265	2 856 902

Aus den Einlagen im Giroverkehr, die sich rund verdreifacht haben, geht hervor, daß die Geschäftswelt, die sich der Scheckkonten bedient, nicht mehr so sehr wie früher jeden Pfennig in Sachwerten anlegt, sondern durch die Stabilität der Währung veranlaßt wird, auch wieder Geld auf Konto setzen zu lassen. Die Gefahr der Geldentwertung ist eben nicht mehr so groß.

Geradezu gemaltig ist, rein äußerlich gesehen, die Zunahme der Sparkonten, die allerdings vorher auf einen bisher nie gekannten Tiefstand zusammengeschrumpft waren. Sie haben sich fast verfünffacht. Trotzdem ist der Sparfassenbestand in Groß-Berlin auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet geradezu lächerlich gering. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel im März noch nicht einmal 1 M. Sparguthaben. Das Bild dürfte sich auch nicht wesentlich verändern, wenn man etwa die genossenschaftlichen Sparkassen mit berücksichtigt würde. Dieser katastrophale Tiefstand der Spartätigkeit, der trotz der Steigerung der Einlagen zu verzeichnen ist, ist nicht etwa ein Zeichen besonderer Verschwendungssucht. Die breiten Massen verfügen vielmehr nicht über genügend Kaufkraft, um wesentliche Rücklagen für die Zeit der Not aufzulegen zu können. Der größte Teil des gemindertem Reallohnes geht eben für die Bestreitung des Lebensunterhalts und für die Befriedigung des lange zurückgebliebenen Bedarfs an Kleidung, Wäsche, Mobiliar usw. drauf. Bei der großen Bedeutung aber, die die Spartätigkeit für die Verforgung des allgemeinen Kapitalmarktes und damit für die Be-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittskaufpreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengruen, lose	16,75 - 17,25	Malzkaffee, gepackt	23,00 - 25,00
Gerstengruen, lose	16,00 - 17,00	Rösteerbsen, lose	16,50 - 17,00
Haferschlitz, lose	15,75 - 16,00	Kakao, festarm	100,00 - 125,00
Haferschlitz, lose	16,00 - 16,50	Kakao, leicht entölt	130,00 - 135,00
Ro-gemehl 0/1	12,75 - 14,00	Tee, Souchon, gepackt	250,00 - 320,00
Weizenmehl	15,00 - 16,00	Tee, indischer, gepackt	425,00 - 500,00
Hartweizen	22,00 - 23,00	Inlandszucker, basis mel.	40,00 - 42,50
75% Weizenmehl	14,50 - 16,00	Inlandszucker Raffinade	42,50 - 44,50
Weizen-Ausgangsmehl	17,00 - 18,00	Zucker Würfel	46,00 - 48,00
Speiseerbsen, Victoria	19,00 - 22,75	Kunsthonig	36,00 - 40,00
Speiseerbsen, kleine	14,00 - 17,00	Zuckersirup hell in Elm	49,00 -
Bohnen, weiße, 1ert	22,25 - 24,50	Speiseerbsen dunk. in Elm	33,00 - 35,00
Linsbohnen, hanoverles	3,10 - 32,50	Marmelade Einf. Erb.	108,00 - 120,00
Linsen, kleine	26,00 - 35,00	warmeide Vierfrucht	40,00 - 45,00
Linsen, mittel	26,50 - 42,00	Pflaumenmus in Eimern	48,00 - 49,00
Linsen, große	43,00 - 49,50	Stensalz, lose	3,20 - 3,40
Kartoffelmehl	16,00 - 17,75	Siedesalz, lose	4,00 - 4,60
Makkaroni	40,00 - 45,00	Bratenschmalz in Tierces	67,00 -
Makkaronimehl	36,00 - 37,50	Bratenschmalz in Kübeln	68,00 - 69,00
Schellfisch, lose	28,00 - 29,50	Purelard in Tierces	66,00 -
Bruchreis	15,25 - 17,50	Purelard in Kisten	67,50 - 68,00
Ran-coon Reis	17,00 - 17,75	Speisetalg in Packung	46,00 - 50,00
Tafelreis, glasirt, Patna	21,00 - 31,00	Speisetalg in Kübeln	46,00 - 48,00
Tafelreis, java	31,00 - 36,00	Margarine, Handelsem. I	56,00 -
Rinsäpfel, amerik.	100,00 - 105,00	desgl. II	45,00 - 53,00
Getr. Pflaumen 50/100	43,00 - 45,00	Margarine, Spezialm. I	76,00 -
Pflaumen, einsteint	55,00 - 60,00	desgl. II	60,00 - 68,00
Cal. Pflaumen 40/50	80,00 - 85,00	Molkereibutter L. Pässern	190,00 -
Rosinen in Kisten, Candia	75,00 - 95,00	Molkereibutter in Pack.	185,00 -
Sultanen Carab. arm.	80,00 - 100,00	Landbutter	155,00 - 160,00
Korinthen, choice	80,00 - 85,00	Auslandbutter in Pässern	185,00 -
Mandel, süde Bari	110,00 - 165,00	Auslandbutter in Pack.	193,00 -
Mandel, bitere Bari	140,00 - 155,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00 - 36,00
Zimt (Cassia)	118,00 - 120,00	Speck, gesalzen, fett	62,00 - 67,00
Kümmel, holländischer	157,00 - 160,00	Quarkkäse	30,00 - 40,00
Schwarzer Pfeffer Singsap.	103,00 - 111,00	Quarkkäse	33,00 - 50,00
Weißer Pfeffer	133,00 - 145,00	Tilsiter Käse, vollfett	120,00 - 125,00
Rohkaffee Brasil	190,00 - 215,00	Ausl. ungezuck. Condens-	
Rohkaffee Zentralamerika	240,00 - 300,00	milch 4 1/2%	22,50 - 25,00
Rohkaffee Brasil	240,00 - 250,00	Inländische desgl. 4 1/2%	18,00 - 19,00
Rohkaffee Zentralam.	320,00 - 400,00	inkl. ger. Condensm. 4 1/2%	28,00 - 29,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden

schäftigung der Industrie hat, ist dringend zu wünschen, daß die Spartätigkeit nach Kräften angeregt und gefördert wird; den gemeinnützigen öffentlichen Sparkassen fällt bei dieser Aufgabe ein umfassendes Arbeitsgebiet zu.

Siemens-Abzähle.

Der Aufsichtsrat der Siemens u. Halske A.-G. genehmigte den Geschäftsabschluss über das am 30. September 1923 beendigte Geschäftsjahr, der unter Hinzurechnung des Vortrags aus dem Vorjahr einen Geschäftsgewinn von 100 151 Millionen Mark ausweist. Es ergibt sich ein Reingewinn von 95 025 Millionen Papiermark, wobei in den Handlungskosten des Gewinn- und Verlustkontos, also vor Ermittlung des Reingewinns, ein Betrag von 100 000 Goldmark für die Entschädigung des Aufsichtsrats vorgezogen ist. Es wird beantragt, den Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Die Generalversammlung ist auf den 30. April einberufen.

Der Abschluß der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. weist einen Geschäftsgewinn einschließlich des Vortrags aus dem Vorjahr von 86 137 Millionen Mark aus. Nach Abzug der Handlungskosten bei der Zentralverwaltung, der Anleihezinßen und der Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 80 862 Millionen Mark (i. B. 109 398 712 M.), der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Die Vertruftung der Kupferproduktion.

Der größte Kupfertrust der Welt, der amerikanische Anaconda-Trust, der voriges Jahr die großen und billig produzierenden Kupfergruben von Chile und eine Anzahl anderer Kupfergruben in den Vereinigten Staaten erwarb, hat sich unlängst wieder eine Anzahl großer Kupferbergwerke angegliedert. Die Jahresproduktion dieses Trusts, der im Staat Montana auch umfangreiche Ländereien, Eisenbahnen usw. sein Eigen nennt und einen wahren Staat im Staat bildet, beträgt 200 Millionen Pfund im Jahr, ungefähr ein Fünftel der gesamten amerikanischen Produktion, die wiederum mehr als drei Viertel der Weltproduktion darstellt. Drei andere amerikanische Kupfertrusts haben ihren Wirkbereich ebenfalls wesentlich erweitert.

Durch die Vertruftung wollen sich die Kupfermagnaten vor dem Preisfall des Kupfers schützen. Das Kupfer ist das einzige nicht edelhaltige Metall, dessen Preis immer noch unter dem Vorkriegsstand steht, obwohl der Kupferverbrauch der Welt, besonders der Vereinigten Staaten, infolge der erhöhten Bauaktivität und des Aufschwunges der Motorindustrie sowie der Telephonfabrikation zugenommen hat. Die wesentliche Erhöhung der afrikanischen Kupferproduktion und der amerikanischen Produktion selbst ist — so sagt man — für die niedrige Preislage verantwortlich. Die Vertruftung soll die Produktion verbilligen, aber auch durch Einrichtung einheitlicher Verkaufsorganisationen der Preispolitik dienen.

Wenn auch Amerika 64 Proz. der Kupfererzeugung selber verbraucht (vor dem Kriege nur 41 Proz.), so ist das Kupfer immer noch ein sehr wichtiger Exportartikel. Um den Preis der auszuführenden Kupfermengen zu erhöhen, hat die 1918 gegründete Copper-Exportgesellschaft mit Hilfe zweier Großbanken 400 Millionen Pfund raffiniertes Kupfer aufgekauft und eingelagert, damit das zum Export bereitstehende Kupfer um diese Mengen verringert würde. Hier liegt eine Preisstützungsaktion der größten Maßstabs vor, die ganz besondere Beachtung verdient. Diese Mengen wurden inzwischen auch bereits ausgeführt. Unter den europäischen Ländern war Deutschland bis zum

Die Rentabilität Ihres Lastkraftwagens

wird in Frage gestellt, wenn die Bereifung versagt. Je besser diese, um so billiger der Betrieb.

Continental Vollreifen

genießt Weltruf, er ist den höchsten Anforderungen gewachsen.

Kauf „Jhm“

den guten Conrad Tack Schuh ehe es zu spät ist!

Um ein recht großes Ostergeschäft zu erzielen, verkaufen wir von heute ab bis auf weiteres einen großen Teil unserer eigenen Fabrikation zu

volkstümlich

billigen, stark ermäßigten Preisen. Unsere 113 Verkaufsstellen haben riesige Zuteilungen ab Fabrik bekommen, trotzdem empfehlen wir aber, besonders unserer alten Kundschaft, mit dem Einkauf nicht zu lange zu warten.

Gratis: Gegen Rückgabe dieser Anzeige erhält jeder Schuhkäufer eine Dose Conrad Tack Creme gratis



9 80 Eleganter Herren-Stiefel echt R-Chevreaux „Ohne Konkurrenz“

1a ech R-Chevreaux-Herren-Stiefel, beste Rahmenarbeit 12 50

Vornehmer Herren-Halbschuh, spottbillig 9 80

Elegant. Damenhalbschuh, „Unser Schöner“ 6 90

Brauner Mädchen-Spangenschuh Größe 27/28 6 90



& Co A.G. Burg Maqdbq

„Er“ sitzt wie angegossen

- SW. Friedrichstraße 240/41
- NW. Beusselstraße 29
- N. Brunnenstraße 37
- N. Mollerstraße 3
- SO. Oranienstraße 2a
- C. Rosenhaler Straße 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- W. Potsdamer Straße 50
- NW. Turmstraße 41
- N. Danziger Straße 1
- O. Andreasstraße 50
- SO. Wrangelstraße 49
- Charlottenburg
- W. Schillstraße 16
- NW. Wilsnacker Straße 22
- N. Friedrichstraße 130
- O. Frankfurter Allee 22
- C. Spittelmarkt 15
- Wilmersdorfer Str. 123/23
- Brandenburger Straße 54

Jahre 1922 Amerikas größter Kupferabnehmer gewesen. Sein Anteil betrug 1921 37 Proz. der Gesamtausfuhr, 1922 nur noch 29 Proz., 1923 aber ging infolge der Ruhrbeziehung die deutsche Kupfereinfuhr rapid zurück. Im November war sie bereits verschwindend gering (5 Proz.). Der Anteil Frankreichs an der amerikanischen Kupfereinfuhr ist infolge der Entwicklung der französischen Industrie und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gewaltig gestiegen. Im Jahre 1923 stand Frankreich an erster Stelle als Markt für amerikanisches Kupfer; dann folgten Großbritannien, Deutschland, Italien, Belgien und China.

Zusammenfassung Konsumgenossenschaftlicher Kräfte.

Wenn die Ausbreitungs- und damit Wirtschaftsgebiete mehrerer Konsumvereine ineinanderlaufen, wird immer die Frage entstehen, wie hier durch Zusammenfassung der Konsumgenossenschaftlichen Kräfte den genossenschaftlich organisierten Verbrauchern des Bezirks am besten gedient und wie dort die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft am besten gefördert werden kann. Die Lösung dieser Fragen hat zu Verschmelzungen und Zusammenfassungen geführt, aus denen große Bezirkskonsumgenossenschaften entstanden sind, die unter reicher Leitung erfolgreiche Genossenschaftsarbeit zu leisten vermögen. Kleinliche Bedenken und falsche

Meinungen von den Erfordernissen des Eigenlebens kleiner und leistungsstärkerer Konsumvereine dürfen dort nicht walten, wo kraftvolle Organisationen Größeres zu leisten vermögen.

Ein bemerkenswertes Beispiel solchen einheitsvollen Handelns kommt soeben aus Süddeutschland, wo im Rheingebiet seit längerer Zeit die Vereinheitlichung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung im Bezirk Biebrich-Wiesbaden angestrebt wurde. Die dort befindlichen Konsumgenossenschaften, der über 4000 Mitglieder zählende Konsumverein Biebrich und der 1903 errichtete, weit über 20 000 Mitglieder zählende Konsumverein für Wiesbaden und Umgebung, arbeiten im gleichen Wirtschaftsgebiete, so daß die Voraussetzungen für die Verschmelzung gegeben waren. Diese ist nun von den Vertreterversammlungen beider Vereine einstimmig beschlossen worden, so daß ab 1. April d. J. der Verein Biebrich in den Verein Wiesbaden aufgegangen ist. Damit ist nun ein neuer Bezirkskonsumverein entstanden, der zu den größten Deutschlands zählt.

Zur Aufstellung der Goldbilanzen. Im Auftrage der Handelskammer zu Berlin sind (eben) Richtlinien für die Aufstellung der Goldbilanzen von Dr. W. Felchenfeld, volkswirtschaftlicher Sekretär der Handelskammer zu Berlin, erschienen. Die ausführlichen

Richtlinien, welche 75 Druckseiten umfassen, enthalten eine systematische Darstellung der Vorschriften der Goldbilanz-Berordnung vom 28. Dezember 1923 und ihrer Durchführungsverordnung vom 26. März 1924 mit zahlreichen Beispielen und dem amtlichen Text beider Verordnungen und der Berordnung über wertbeibehaltende Buchführung. Die Richtlinien, die im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin, erschienen sind, sind im Bureau der Handelskammer zu Berlin, Dorotheenstr. 8, Zimmer 7, zu beziehen.

Die Preise klettern wieder, und zwar in einem Tempo, das den bürgerlichen Marktstabilisierungs- und Preisabbaupolitikern alle Ehre macht. Von einer „stillen“ Wirtschaft — so nannte der Reichsfinanzminister den Erfolg seiner Finanzmaßnahme — kann also kaum noch die Rede sein. Eine Reihe von Preiserhöhungen aus der Rohstoffproduktion haben wir bereits verzeichnet. Die Textil- und Lederpreise zeigen gleichfalls nach oben. Jetzt wurden von den Besetzungskörper-Fabrikanten die Preise ihrer in Eisen und Messing ausgeführten Waren um 10 Proz. heraufgesetzt. Natürlich ist die „Steigerung der Metallpreise und Löhne“ daran schuld. Das ist die alte Formel, mit der man in der Inflationszeit jede Preissteigerung begründete. Man sieht: es geht nichts über die „bewährten Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, zu denen man jetzt wieder zurückkehrt. Wo bleibt hier das Einschreiten der Regierung?

KOPP & JOSEPH'S
Kräuter - Franzbranntwein
Überall erhältlich

Was kommt das Gold und die Münze so?

mit einem

DOTA
Radiu Radiu
DOTA ORIENT CIGARETTE COMPANY

in 2 1/2 Zigaretten

Olitzki - Maertens

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen haben wir zwei neue Serien farbiger Wahlplakate

WAHL-PLAKATE

fertiggestellt. Da die gegnerischen Parteien mit diesen modernen Propagandamitteln arbeiten, sind auch wir gezwungen, dasselbe zu tun. Wir haben drei Größen auf Lager:

Serie 1, 34x43 cm, 6 St. a 15 Pf.
Serie 2, 46x59 cm, 5 St. a 18 Pf.
Serie 3, 64x96 cm, 3 St. a 22 Pf.

Günstliche Muster gegen Einsendung von M.R. 2.50.

Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbote
Lübeck.

Oster-Angebote
größter Preiswürdigkeit!

<p>Damen-Konfektion</p> <p>Sportjacken aus gutem Strichovercoat . . . 9.75</p> <p>Frühjahrmäntel aus Strichovercoat, jugendliche Form . . . 12.50</p> <p>Damen-Mäntel aus gut. Zwirnovercoat, modern. Hündelarm . . . 29.50</p> <p>Donegal-Mäntel Schlüsselform . . . 14.50</p> <p>Donegal-Mäntel extra weit, Franzengr. . . 26.50</p> <p>Eleg. Tuchmäntel mit modernen Seitenfalten und Applikationen . . . 29.50</p> <p>Regenmäntel Impr. Sportartbew. . . 19.50</p> <p>Chev.-Kostüme auf Seidenerga . . . 27.50</p> <p>Gabard.-Kostüme auf Seidenerga . . . 39.50</p> <p>Cheviotkleider reine Wolle, maroccan und farbig . . . 9.75</p> <p>Gabard.-Kleider in vielen Farben . . . 29.50</p> <p>Kleiderröcke modern gestreift . . . 6.75</p> <p>Mod. Plisséröcke aus reinwoll. Cheviot . . . 9.75</p> <p>Vollvoile-Blusen mit imit. Filetmotiv . . . 4.95</p> <p>Vollvoile-Blusen u. Boblerag, u. Fichta . . . 7.90</p>	<p>Herrn-Artikel</p> <p>Oberhemden Peral mit 2 Kragen . . . 8.90 6.90</p> <p>Oberhemden mit gefüht. Brust m. 1 steif u. 1 weich. Kragen . . . 10.50</p> <p>Oberhemden Zephir mit 2 Kragen . . . 14.50</p> <p>Oberhemden weiche, mit Piquetkragen und Manschetten . . . 9.75</p> <p>Herr.-Taghemd. aus gutem Wäschestoff . . . 4.95</p> <p>Herr.-Nachthemd. mit bunz. Bortenbesatz . . . 5.90</p> <p>Stehkragen moderne Formen . . . 75 Pf.</p> <p>Stehumlegekrag. Prima Qualität . . . 1.15</p> <p>Sportkragen weiß und farbig . . . 45 Pf.</p> <p>Sportserviteurs mit festem Kragen . . . 95 Pf.</p> <p>Strickbinder moderne Muster . . . 95, 45 Pf.</p> <p>Selbstbinder moderne Form . . . 1.40 95 Pf.</p> <p>Selbstbinder aparte Neuhautu . . . 3.75</p> <p>Hosenträger aus gutem Gummil . . . 1.40 95 Pf.</p> <p>Ledergürtel mit amerikan. Schnalle . . . 2.25</p>	<p>Damentwäsche</p> <p>Taghemden m. Stickerel oder Languette . . . 1.95</p> <p>Taghemden aus feinfädigen Wäschestoff mit Stickerel oder Hohlraum . . . 2.95</p> <p>Trägerhemd aus gutem Makotuch . . . 4.25</p> <p>Beinkleider Wäschestoff mit Languette . . . 1.85</p> <p>Beinkleider m. breiter Stickerel . . . 2.65</p> <p>Garnituren 3teilig, Hemd und Beinkleid, mit Stickerel od. Hohlraum . . . 5.75</p> <p>Garnituren eleg. 2teil. Hemd und Beinkleid, reich garn. . . 8.75</p> <p>Nachthemden Schlepfform m. Stickerel . . . 4.95</p> <p>Prinzebröcke mit Stickerel u. Hohlraum . . . 6.90</p> <p>Hemdosen m. Hohlraum aus festem Wäschestoff . . . 5.90</p> <p>Untertailen mit Stickerel . . . 1.25</p>	<p>Schürzen</p> <p>Wiener Schürzen aus Gingham oder Blaudruck . . . 1.95</p> <p>Jumper-Schürzen aus gemustert. Stoffen . . . 2.75</p> <p>Wiener Schürzen aus gutem Satinestoff . . . 4.25</p> <p>Haus-Schürzen ohne Latz . . . 2.45</p> <p>Haus-Schürzen m. Träger . . . 2.95</p> <p>Servier-Schürzen weiß . . . 2.45</p>	<p>Strümpfe</p> <p>Damen-Strümpfe feinfädige Qualität . . . 55 Pf.</p> <p>Damen-Strümpfe feinf. Qual. mit verstärkter Ferse und Spitze . . . 75 Pf.</p> <p>Damen-Strümpfe m. Doppeln. u. Hochferse . . . 95 Pf.</p> <p>Damen-Strümpfe Seidenfäden mit Doppeln. u. Hochferse . . . 1.45</p> <p>Damen-Strümpfe Tramasseide . . . 3.90</p> <p>Herren-Socken grau meliert . . . 45 Pf.</p> <p>Herren-Socken feinfarbig m. Doppeln. u. Hochferse . . . 95 Pf.</p> <p>Herren-Socken aparte Streifen . . . 1.25</p>	<p>Gardinen</p> <p>Teppiche</p> <p>Halbstores Etamine mit gewebten Frise . . . 4.95</p> <p>Garnitur 3teilig, gewebter Tüll . . . 5.80</p> <p>Garnitur 3teilig Etamine u. Einstecken . . . 9.25</p> <p>Garnitur 3teilig Etamine buntfarbig . . . 12.75</p> <p>Bettdecke 2teilig gewebter Tüll . . . 11.75</p> <p>Bettdecke 2teilig Etamine u. Einstecken . . . 16.75</p> <p>Diwandecken solide Qualität . . . 14.50</p> <p>Diwandecken Persermotiv doppelt . . . 22.50</p> <p>Jute-Teppiche ca. 180 x 250, lebe Muster . . . 33.50</p> <p>Harg.-Teppiche ca. 200 x 300, gut fabricat . . . 59.50</p> <p>Velourteppiche 200 x 300, solide Qual. . . 98.50</p> <p>Bouclé-Läufer schwere Qualität . . . 6.25</p> <p>Brücken 90 x 100 Persermotiv . . . 39.50</p> <p>Garnituren 3teilig, für Korbbübel . . . 4.75</p>
--	---	--	--	---	--

Kinder- u. Baby-Wäsche außergewöhnlich billig

Lindemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Wahlen und Wohnungsnot.

„Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“.

Als der Reichspräsident am 11. August 1919 die Reichsverfassung unterschrieb, die in dem Artikel 155 „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte“ zusichert, da war dieser Paragraph der Reichsverfassung wie viele andere noch nicht eitel Papier; da gab es noch Hoffnungen und Garantien; da konnte man noch von einer Reichswohnungspolitik zugunsten der breiten Volksmassen sprechen. Inzwischen hat sich die politische Lage stark verschoben. Die wahren Volkstrennen wurden aus der Reichsregierung herausgedrängt. Die Vertreter der oberen Reihentausend hielten ihren Einzug und hinfort bekam der Artikel 155 eine Ruhanwendung nicht für das Volk, sondern für die reichen Deutschen, von denen jeder seine neue Villa haben sollte. So ungefähr wenigstens war der Gang der Entwicklung, als der Sozialdemokratie der entscheidende Einfluß auf die Reichs- und Landesparlamente genommen wurde. So wird sich die Entwicklung fortsetzen, wenn die Wähler am 4. Mai ihre falschen Freunde nicht erkennen und beseitigen.

Die Lage für das Volk ist ernst, bitter ernst. Und alle Hoffnungen der Wohnungslosen, der Mieter und Siedler müssen in sich zusammenbrechen, wenn das Volk sich nicht eine Vertretung wählt, die dem § 155 der Reichsverfassung Blut und Leben gibt.

Wie liegen die Verhältnisse? Die Wohnungsnot hat sich nicht gemildert, sondern verschärft. Die Nachfrage nach Wohnungen steigerte sich in Berlin z. B. von 147 000 Gesuchen am 1. Januar 1922 auf 223 000 Gesuche am 1. Januar 1924. Diesen Wohnungsgesuchen standen im Jahre 1922 noch 47 000, im Jahre 1923 aber nur noch 34 000 vermietbare Wohnungen gegenüber. Über selbst von diesen 34 000 vermietbaren Wohnungen wurde nur ein kleiner Teil den dringlich Wohnungsgesuchen zugewiesen. 4200 Wohnungen wurden von den Hausbesitzern und den neuen Hausbauern in Anspruch genommen. Mehr als 10 000 Wohnungen mußten den vertriebenen Reichs- und Auslandsdeutschen zugewiesen werden, und der große Rest des Angebotes wurde den dringlich Wohnungsgesuchen vor der Nase weggestoßen, weggekauft oder durch die verschiedensten Formen der Untervermietung an die kapitalkräftigen Volksschichten entzogen. Die 223 000 Familien in Berlin und die 1 1/2 Millionen Familien im Deutschen Reich werden noch jahrzehntelang Schlangensehe müssen, wenn die Wohnungspolitik nicht grundsätzlich geändert wird und die Versorgung der Wohnungslosen nicht bei den Reichen, sondern bei den wahrhaft Minderbemittelten ihren Anfang nimmt.

Die Parteien und die Wohnungspolitik.

Wer ändert diese Politik? Die Parteien der Schwerindustrie und des Grundbesitzes? Die Parteien der Baupekulanten und der Bodenwucherer? Die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken, die das Elend des deutschen Volkes nicht ansprechen, um es zu beseitigen, sondern verherrlichen, um es zu verewigen? Nein, eine Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends ist nur von der Partei zu erwarten, die seit Unterzeichnung der Reichsverfassung an der praktischen Lösung der Wohnungsfrage unablässig tätig gewesen ist, aber von allen anderen Parteien im Stich gelassen wurde, wenn es sich darum handelte, den Mieterschutz zu festigen, die Neubautätigkeit zu fördern, Siedlungsland und Arbeitsgelegenheit bereitzustellen und die privatkapitalistische in eine gemeinwirtschaftliche Wohnungspolitik umzuwandeln. Eine wirklich tatkräftige Wohnungspolitik ist nur von der Partei zu erwarten, die sich stützen kann auf die Organisationen der werktätigen Arbeit, auf die Gewerkschaften, und im engsten freundschaftlichen Einvernehmen arbeitet mit den Organisationen der Mieter, der Siedler und Baugenossenschaften.

Die Wohnungslosen und heute schwerer denn je belasteten Mieter mögen sich nicht einbilden, daß eine andere Partei als die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewillt und in der Lage ist, eine ehrliche geradlinige und auf die Interessen der minderbemittelten Volksschichten eingestellte Wohnungspolitik zu betreiben. Rechts von der Sozialdemokratie stehen die ausgesprochenen Freunde der „freien Wirtschaft“, die Freunde der Mieterhöhung, der Bau- und Bodenpekulanten, die Unterzeichner des Grundgesetzes: „wer da hat, dem wird gegeben, wer aber nicht hat, dem wird genommen.“ Und links von der Sozialdemokratie stehen die blutigen Theoretiker, die wirtschaftspolitischen Kinder, die die werktätige Arbeit der eigenen Volksgenossen wie einen Sandhaufen behandeln, aus dem man beliebig oft Burgen aufbauen und zerstören könne.

Die Wohnungslosen, die Siedler und Baugenossenschaften haben heute und in Zukunft realere Interessen zu vertreten. Nicht nur Wohnungselend, nicht nur Mietssteigerung, nicht nur Arbeitslosigkeit bedrängen die breiten Massen des deutschen Volkes. Wie bei dem Problem des Achthundentages stehen wir auch in der Wohnungspolitik vor einem grundsätzlichen Wendepunkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Übergewicht von wenigen Stimmen nach rechts und links: und das Schicksal der Wohnungslosen, der Mieter und Siedler ist auf Jahrzehnte besiegelt! Der § 155 der Reichsverfassung wird dann hinfort nur eine Erinnerung sein an eine Zeit, die das deutsche Volk auf der Höhe seiner sozialen Einsicht und seiner sozialen Tat sah.

Die Gefahr, die den Mietern droht, steht heute schon klar vor uns: die halben Friedensmieten sind bereits erreicht. Sie werden sich und müssen sich auf 100 und 200 und 300 Prozent steigern, wenn die Parteien der „freien Wirtschaft“ die unbeschränkte Macht in die Hand nehmen. Sehen die Mieter das nicht? Eine Kleinwohnung, die im Frieden 400 Goldmark Jahresmiete kostete, kann in freier Wirtschaft erbaut, bei dem teuren Zinsfuß für Hypothekencapital, mit dem wir noch auf Jahre hinaus zu rechnen haben, nur

zu einer Jahresmiete von 1600 M., also zur vierfachen Friedensmiete abgegeben werden. In der privatkapitalistischen Wirtschaft ist es selbstverständlich, daß auch die Mieten der alten Wohnungen auf die vierfache Friedensmiete steigen müssen, wenn die neuen Wohnungen nur zu diesem Satz erbaut werden können.

Nun stehen alle Länder, nachdem die Reichsregierung ihnen mit der III. Steuernotverordnung die Grundlagen hierzu geschaffen hat, im Begriff, eine Mietssteuer zu erheben, von der Teile auch für den Wohnungsbau verwendet werden sollen. Die sozialdemokratische Partei hat diese Form der Mietssteuer abgelehnt und damit die Auflösung des Reichstages mit herbeigeführt. Nichtsdestoweniger wird die Mietssteuer Gesetz.

Was verlangen wir?

Wir verlangen, daß die öffentlichen Mittel nur den Baugenossenschaften zugeführt und in einer Höhe und zu einem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden, die den Bau von Volkswohnungen erst möglich machen.

Wir verlangen, daß die Wohnungspolitik der Länder nicht bei denjenigen Volksschichten einsetzt, die das „Schlange stehen“ bei den Wohnungsämtern niemals kennengelernt haben, sondern bei denen, deren Arbeitskraft und Gesundheit durch eine menschenunwürdige Wohnung unterhöhlt worden ist.

Wir verlangen, daß die öffentlichen Mittel nicht denjenigen Bauwilligen gewährt werden, die weder Lust noch Reizung haben, einen Garten oder Acker zu bestellen und an der Beseitigung der Nahrungsmittelnot des deutschen Volkes nicht mitarbeiten wollen, sondern nur denjenigen, die dem deutschen Volke durch ihre eigene Arbeit auch einen volkswirtschaftlichen Dienst erweisen, indem sie ihre freie Arbeitskraft dem Boden zur Erweiterung des Nahrungsmittelspielraumes zuführen.

Wir verlangen, daß die öffentlichen Mittel nicht in die Spalten und Kisten des Eigenbesitzes und des Wuchers fließen, sondern von gemeinnützigen Baugenossenschaften in Wohnungen und Heimstätten umgewandelt werden.

Wir verlangen schließlich, daß die magnetische Kraft der öffentlichen Mittel nicht darauf eingestellt wird, das Baukapital der begüterten Volksschichten, die sich auch ohne öffentliche Unterstützung helfen können, zu vermehren, sondern ausschließlich dazu verwendet wird, die Sparkraft der minderbemittelten Volksschichten zu verstärken, ihre Entbehrungsarbeit abzukürzen und einen sozialen Bauplan zu entwerfen, der auch dem Umfange nach mehr Wohnungen und billigeren Wohnungen erbauen wird als die privatkapitalistische Richtung, die sich nur auf den Bau von großen und teuren Wohnungen einstellt, an denen bei der kommenden Mietssteigerung eher ein Ueberfluß als ein Mangel vorhanden sein wird, weil die Mittel für diese Wohnungen auch von den Mittelschichten nicht ausgebracht werden können.

Kurz, wir verlangen eine Umkehrung der seit 1918 und 1919 umgekehrten Wohnungspolitik zurück zur breiten Basis und nicht zur Spitze des Volkskörpers.

Wählt sozialdemokratisch!

Wohnungslose — Mieter — Siedler! Wenn die Verfassung „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“ und „allen deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte“ zusichert, dann ist es nicht Schuld der sozialdemokratischen Partei, wenn der Artikel 155 der Reichsverfassung noch nicht eingelöst worden ist. Eure Stimmen waren es, die der sozialdemokratischen Partei fehlten, als sie gegen das Vorrecht der Besitzenden kämpfte und die Wohnungslosen, die Mieter und Siedler von der bürgerlichen Politik der Wohlthätigkeit und der Almosen befreien wollte.

Eure Schuld ist es, wenn Ihr hinfort noch zwanzig Jahre auf eine Wohnung warten müßt.

Eure Schuld ist es, wenn Ihr im Jahre 1925 die zwei-, drei- oder vierfache Friedensmiete zu zahlen habt.

Eure Schuld ist es, wenn auf deutschem Boden Brachland, aber kein Siedlungsland bereiteht.

Wollt Ihr, daß eure Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen in Erfüllung gehen, dann schließt Euch dem Kreuzzug an, den die sozialdemokratische Partei gegen Wohnungselend, Mietssteigerung und Bodenwucherer ausgenommen hat. Der 4. Mai ist Euer Schicksalstag!

Dr.-Ing. Martin Wagner.

Seht die Wählerlisten ein!

Klagen über ungenügende Bekanntmachung.

Die mangelhafte Bekanntmachung der Auslegungsorte der Stimmlisten hat zu schweren Unzuträglichkeiten geführt. An den Dienstgebäuden der Bezirksämter, in den Vorarten in den Rathhäusern werden die Auslegungsorte durch Anschlag bekanntgegeben. Es sind oft zwei Gänge nötig, um die Stimmlisten einzusehen. Die Stimmlisten selbst weisen viele Fehler auf.

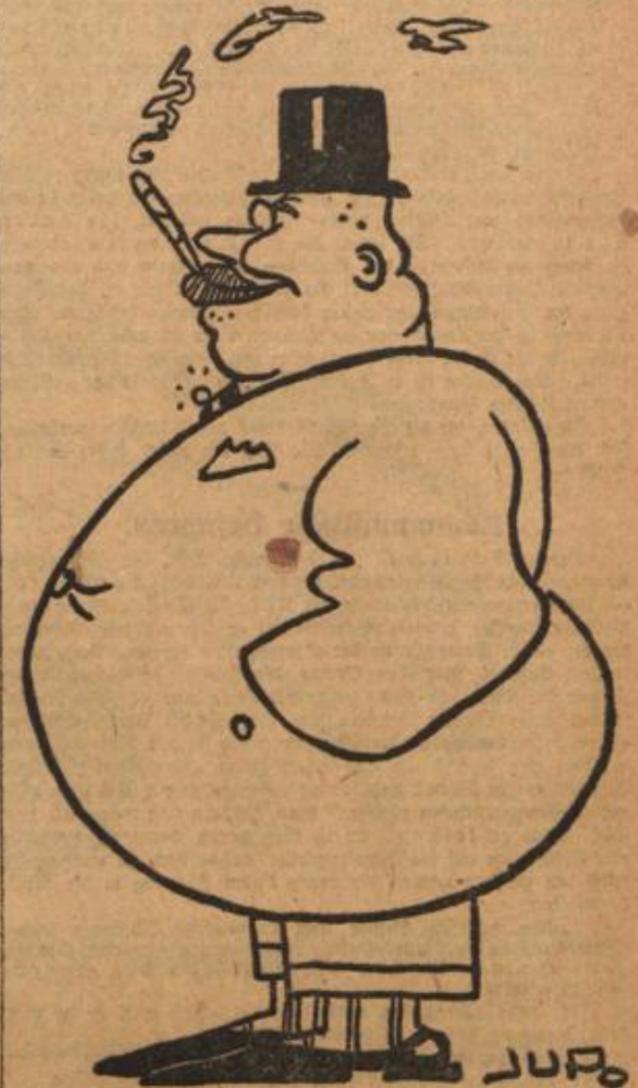
Es muß gefordert werden, daß die Auslegungsorte veröffentlicht werden, und daß die Auslegungsorte noch einmal durch allgemeine Säulenanschlüsse bekanntgegeben werden.

Jeder Wähler aber kümmere sich darum, ob er in die Stimmliste eingetragen ist. Davon hängt das Wahlrecht ab!

Für den neuen Reichstag.

Generale und Admirale.

Großadmiral v. Tirpitz hat die ihm angebotene Reichstagskandidatur der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben angenommen. Tirpitz soll die Deutschnationalen retten, wenn Bundespräsident in Bayern die Stimmen abtreibt! Der neue Reichstag droht ein merkwürdiges Parlament zu werden: Ludendorff — Tirpitz! Die Männer des verberberischen kaiserlichen Regimes lauchen in ihm auf. Bringen sie die politischen Methoden aus jeder Zeit mit, dann dürfte der neue Reichstag bald mehr ein Herrenhaus als ein Parlament sein.



Das Kapital:

Was ich bin und was ich habe, dank ich Dir, mein Vaterland!

Neue Inflation?

Preissteigerungen als Symptom.

Die Preise für Textilwaren, für Leder, für andere Industriegüter zeigen steigende Tendenz — Die neue Preissteigerung ist ein bedenkliches Symptom neuer Inflation. Die Regierung hat diese Preissteigerung durch ihre schlechte Finanzpolitik mitverschuldet. Wenn sich die Mietssteuer erst auswirkt, wird die Preissteigerung noch schärfer werden.

Die Regierung steht der neuen Preissteigerung latentlos zu. Sie veranlaßt Untersuchungen und läßt Rundfragen halten. Abhilfe kann sie nicht schaffen.

Abhilfe kann nur geschaffen werden durch eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Darüber haben die Wähler am 4. Mai zu entscheiden. Wer die Dinge treiben lassen will, bis wir in eine neue verderbliche Inflationsperiode geraten, der braucht seine Stimme nur einer der Regierungsparteien oder einer der Rechtsparteien zu geben. Wer aber die Leiden einer neuen Inflationsperiode vermeiden will, der stimmt für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Vorkämpferin des Mittelstandes!

Die Deutsche Volkspartei hat im Wahlkreis Halbesauerberg einen Führer der gewerblichen Mittelstandsbewegung auf ihre Wählerlisten gesetzt. Diese Tatsache genügt, um der „Zeit“ Anlaß zu geben zu dem Rufe: „Die Deutsche Volkspartei als Vorkämpferin des Mittelstandes“. Dabei steht die Deutsche Volkspartei mehr als jede andere bürgerliche Partei die Kräfte zusammen, die den deutschen Mittelstand in der Inflationsperiode erwecken und gerettet haben.

Bei den Wahlen im Jahre 1920 veröffentlichte die Deutsche Volkspartei ein Wahlplakat, auf dem eine rote Haut einen Professor im Laboratoriumskittel erwidert. Der geistige Mittelstand ist seit 1920 in der Tat erwidert worden. Die Weltentwertung hat ihm fürchterliche Wunden geschlagen, hat ihn entzogen, hat ihm die Erfindungsgrundlage für große geistige Leistung geraubt. Grund dafür: die Streuerfabrikation des Großbesitzes, die Zerstörung der Währung durch die Schwerindustrie. Die Volkspartei hat im Parlament diese Sabotage aktin betrieben. Sie war die Partei der Schwerindustrie.

Und der gewerbliche Mittelstand? Der gewaltige Konzentrationsprozeß der großen Industrie zerreibt ihn. Wer hat diesen Konzentrationsprozeß gefördert durch die steuerliche Begünstigung der Konzerne? Die Deutsche Volkspartei.

Diese Partei geht allerdings dem Mittelstande voran — auf dem Wege zum Grabe.

Wo ist positive Leistung?

Die Deutschnationalen haben durch ihre reine Agitationspolitik in den vergangenen vier Jahren den wöllischen Hege-sabbath heraufbeschworen. Nun drohen ihnen die Wöllischen über den Kopf zu wachsen. Die Wahl in Bayern hat sie erschreckt. Sie ziehen nun gegen die Wöllischen vom Leber. Die „Hamburger Nachrichten“, die denkschnallmole Zeitung im Norden, schreit gegen die Wöllischen:

„Wenn jetzt eine Partei oder Bewegung wieder die Wähler, müssen an sich zieht und hernach dem Volk wieder Steine statt Brot bietet, dann handelt sie ungeratener als ein Privatmann, wenn sie nicht besser als die Sozialisten, gegen die sie jetzt her-

Seht die Wählerlisten ein!

Wahlkampf allein und mit aller Macht richten muß und auch richtet. Am Ende dieses Wahlkampfes muß energische, politische nationale Arbeit stehen. ... Darum ergeht die erste Frage an die Deutschpolitische Freiheitspartei: Was wollt ihr, was habt ihr Positives zu bieten? Nicht, was ihr verunglückend und zerstörend niederschlagen wollt, inwiefern das deutsche Volk, sondern was ihr bessern, herstellen, schaffen wollt!

Wer so fragt, muß eigene positive Leistungen und eigene positive Ziele aufzuweisen haben. Die Deutschnationalen aber haben in den vergangenen vier Jahren nichts Positives geleistet, sie haben nur sabotiert. Sie haben die Reichsfinanzen sabotiert, sie haben die Arbeit an der Befreiung Deutschlands und eine vernünftige Außenpolitik sabotiert, sie haben jede Arbeit an der Festigung der Grundlagen des neuen deutschen Staates sabotiert. Ihre Stellung im Parlament war die Stellung einer bedenkenlosen Opposition, die ihr Agitationsbedürfnis über jede nationale Notwendigkeit stellte. Was wollen sie in Zukunft Positives? Wo ist ihr positives außenpolitisches Programm?

Die Säulen, die die Deutschnationalen den Völkern vorhalten, sind die Frucht ihrer eigenen. Sie sind um nichts besser als die Völkischen.

Kommunistische Gefahren.

Berner Scholem ist jetzt das große Licht, das die deutsche kommunistische Partei erleuchtet. In dem Blättchen „Der Junke“, das die Berliner Bezirksleitung der KPD für die Erleuchtung ihrer Parteifunktionäre herausgibt, beschäftigt er sich mit den Gefahren, die der neuen Parteileitung der Kommunisten drohen. Nach jahrelangem Geschrei über den Verrat der Führer (wohlgerichtet der Führer Dr. KPD, D. Red.) haben sich Leute vom geistigen Reflexformat eines Berner Scholem zur Leitung der kommunistischen Partei aufgeschwungen. Brandler bezeichnet sie mit klaren Worten als das, was sie sind, als noch etwas grüne „Novembergeplätscher“. Jetzt gilt es für Berner und seinesgleichen zu zeigen, daß man nicht nur „Führergarnituren ablegen“ kann, sondern daß man auch versteht, etwas zu leisten. Er ist klug genug, deswegen vorsichtig von Ansonst an auf die Schmierigkeiten aufmerksam zu machen, die selbst den größten Helden der neuen linken Führung in der KPD bevorstehen:

„Eine politische Gefahr liegt in gewissen Illusionen solcher Genossen, die von einer linken Parteiführung erwarten, daß sie in wenigen Wochen die Welt aus den Angeln heben wird.“

Das kann Bernerreden natürlich nicht. Und weil er es nicht kann, deswegen stellt er bewundernd fest:

„Fast der gesamte Parteiapparat ist heute in den Händen von Genossen, die nicht auf dem Boden der Linken stehen. Es müssen neue Kräfte aus der Masse heraus entwickelt

werden. ... Der alte Apparat muß umgestellt werden (also Massenrauswurf aller noch halbwegs Intelligenzen. D. Red.).“

Ein Blick in die „Rote Fahne“ genügt, um zu sehen, daß der Massenrauswurf schon ziemlich große Dimensionen angenommen haben muß. Denn noch wie ist dies revolutionäre Blatt so geistlos redigiert worden wie jetzt, nachdem die „Linken“ das Heft in der Hand haben. Am schönsten aber charakterisiert Scholem den Geist, den die kommunistische Verbeugung in den eigenen Reihen erzeugt hat, wenn er fortfährt:

„Die größte Gefahr ist die, als Führung die Führung mit den Massen der Mitgliedschaft zu verlieren, oben einfach auf dem Bonzenstuhle zu hocken, während unten die Mitgliedschaft mit Mißtrauen, Haß und schließlich voll Erbitterung der Politik und auch den Personen der Führung gegenübersteht. ... Auch in Berlin ist jetzt manches faul. Im Reich sieht es auf diesem Gebiete noch viel trüber aus. Die unglückselige Brandler-Politik im Verein mit der vollkommenen Unfähigkeit mancher Bezirksleitungen in der Behandlung ihrer Mitgliedschaften hat es dahin gebracht, daß draußen im Reich die Antikommunisten eine geradezu gefährlichen Grad erreicht hat. Eine oft vollkommen unfähige Parteibureaucratie hat gegen sich einen solchen Haß erzeugt, daß jede neue Führung es fürchtbar schwer haben wird, bei diesen verbitterten Arbeitern Vertrauen zu gewinnen.“

Auch Berner Scholem wird es noch erleben, daß er, wenn auch nicht als hilfloser Greis, so doch als hilfloser Dödel, einsam auf dem Bonzenstuhle sitzen und von der Empörung der revolutionären Massen weggesetzt werden wird. Die Saat, die er und seinesgleiche jahrelang gesät, wird auch gegen ihn aufgehen.

Warum müssen die Frauen wählen?

Zehn Antworten auf eine Frage.

Von August Bebel.

1. Weil, wie Mann und Frau erst den ganzen Menschen bilden, die menschliche Gesellschaft und ihr politischer Oberbau, der Staat, ohne die Frauen unmöglich ist.
2. Weil es eine schreiende Ungerechtigkeit, ja ein Unrecht ist, die Frauen von den politischen Rechten und Freiheiten, die die Männerwelt besitzt, nur aus dem Grunde auszuschließen, daß der Zufall der Geburt sie Frauen werden ließ.
3. Weil die Frauen für die Fortpflanzung des Geschlechts und keine Erziehung ebenso notwendig sind wie die Männer, und weil die Dienste, die die Frau als Arbeiterin, Erwerberin, Erhalterin, Hausfrau oder Mutter der Gesellschaft und dem Staate leistet, an Wert und Wichtigkeit nicht hinter den Diensten zurückstehen, die die Männer gegen die Gesellschaft und den Staat zu erfüllen haben.
4. Weil die Frauen als Arbeiterinnen und Erwerberinnen — und dexter, die das sind, werden täglich mehr — ebenso gegen den

Staat und das Gemeinwesen finanzielle Pflichten zu erfüllen haben, wie der Mann in gleicher Stellung.

5. Weil die Frauen als Arbeiterin, Erwerberin, Erhalterin, Hausfrau oder Mutter an der Vernünftigkeit, Zweckmäßigkeit und Berechtigt der öffentlichen Einrichtungen — Erziehungsweisen, Steuerwesen, Rechtspflege, öffentliche Verwaltung, Waisen- und Armenpflege, Sozialgesetzgebung, militärische Einrichtungen, friedliche oder kriegerische Politik usw., mit einem Worte am Kulturfortschritt auf allen Gebieten — genau so interessiert ist wie der Mann.

6. Weil die Bestimmung, daß die Frau als Liebetreuerin und Beraterin bestehender Gesehe ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht gleich dem Manne zur Verantwortung gezogen wird, es gerechtfertigt bedingt, daß die Frau auch an den gesellschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft gleich dem Manne mitwirken muß.

7. Weil weder in der Natur und dem Geschlechtsleben der Frau, noch in ihren physischen und geistigen Eigenschaften, noch in dem Triebe nach Vervollkommnung ihres Wesens irgendein Grund zu finden ist, der der Männerwelt erlaubt, sie als einen Menschen zweiter Klasse zu behandeln, und dem Manne, der doch auch nur dem Zufall der Geburt verdankt, Mann geworden zu sein, ein Recht verleiht, sich zu ihrem Herrn oder Vormund aufzuwerfen.

8. Weil der Fortschritt und die gesamte Entwicklung der Menschheit zu immer höherer Vervollkommnung aller ihrer öffentlichen und sozialen Einrichtungen erfordert, daß das große Maß von Kräften und Fähigkeiten aller Art, das in dem weiblichen Geschlecht vorhanden ist, nicht minder zum allgemeinen Besten angewendet und ausgenutzt wird, wie die gleichen Eigenschaften bei den Männern.

9. Weil ohne vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter eine harmonische Entwicklung der Menschheit und ein harmonisches Gesellschaftsleben unmöglich ist.

10. Weil die Frau das allgemeine Stimmrecht erwerben muß, um sich nicht bloß als wirtschaftlich Unterdrückte und Ausgebeutete zu betreiben, sondern weil sie auch als Geschlechtswesen die volle Gleichheit erringen muß. Für sie hat also der Kampf um die politische Gleichheit ein doppeltes Ziel, an dem alle Frauen, ohne Unterschied ihrer Stellung, interessiert sind.

Kandidaturen.

Der jetzt vorliegende Wahlvorschlagn der Deutschen Volkspartei für den 30. Wahlkreis (Chemnitz, Zwickau, Plauen) enthält als Spitzenkandidaten: Willi Brüninghaus Konteradmiral a. D., Berlin.

Die Deutsche Volkspartei des Wahlkreises Köln-Köln stellt an die Spitze ihrer Bewerberliste für die Reichstagswahlen: 1. Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer-Köln, 2. Geschäftsführer Dr. Regh-Köln, 3. Schulrat Kalle-Köln.

Emil Paffke

11. Vorsitzender des Vereins Berliner Kellen-Raucher

spricht:



„... Ja, warum gerade TELEPATH werden Sie fragen. Vielleicht, weil sie 2 Pf. kostet? Nee, meine Herren, da kennen Sie Emil Paffke schlecht. Ich rauche sie aus drei Gründen: Erstens, weil sie weder ausgezeichnet, noch unübertrefflich oder sonstwie ganz großartig, sondern gut ist, meine Herren, gut, Sie wissen schon, was ich unter gut bei einer Zigarette verstehe. Zweitens ...“

(Fortsetzung folgt)

Oster-Reklame-Verkauf

nach dem Grundsatz:
Vom Guten das Beste zu niedrigsten Preisen

Wäsche	Trikotagen	Konfektion	Herren-Artikel	Teppiche, Gardinen
Unterhosen 135	Herrenhosen 275	Damen-Röcke 495	Sportkragen 38	Gardinen 165
Damenhemden 195	Herrenhemden 275	Bluse 950	Garnitur 275	Kunstl.-Gardin. 875
Bamendemen 345	Einsatzhemden 325	Kleid 995	Oberhemden 785	Kunstl.-Gardin. 1275
Morgenjachen 465	Sportjachen 575	Kleid 1395	Herren-Hut 495	Scheiben-Gardinen 125
Bam.-Nachthemden 495	Schluphosen 135	Kostüm 5280	Regenschirme 495	Linoleum-Läufer 450
Korsette	Strümpfe	Windjacke 2595	Sport-Artikel	Putz, Weißwaren
Gürtel 175	Dam.-Strümpfe 58	Mantel 1095	Leichtathl.-Jacken 215	Damen-Hut 595
Hüthalter 295	Dam.-Strümpfe 175	Mantel 3890	Reanhosen 180	Damen Hut 750
Hüthalter 368	Dam.-Strümpfe 195	Dirndl-Kleid 1275	Fußballhosen 190	Damen-Hut 1250
Korsette 395	Herr.-Socken 39	Kinder-Kleid 895	Wanderer Hemden 495	Kinder-Hut 675
Büstenhalter 145	Herr.-Socken 95	Kinder-Mantel 1395	Sporthemden 385	Plissé-Kragen 140

Wilhelm Herman Lesser Berlin-Schöneberg Kolonnenstr. 10-11 Ecke Sedanstraße (Gegenüber Ringbahnhof) **Ostereier** in den apartesten Ausführungen

Vorteilhafte Augengläser



Unsere heutigen Preise:
Reiher mit und ohne Handbläsung:
 aus bestem Nidel R. 0.75 1.25 1.50
 aus Gold-Doublé . 1.50 2.50 3.10 4.- 6.- 7.- 10.-
 aus echtem 14 karat Gold R. 15.- 18.- 24.- 40.- 48.-
Brillen mit und ohne Handbläsung:
 aus bestem Nidel R. 0.75 2.- 2.50
 aus Gold-Doublé . 3.50 7.- 9.- 10.- 12.-
 aus echtem 14 karat Gold R. 40.- 45.- 55.-
Mod. Brillen mit Celluloid-Rahmen,
 hell und dunkel:
 R. 2.75 3.50 7.- 9.- 12.-
Mod. Horn- u. Schildpatt-Brillen:
 R. 2.50 4.- 5.50 6.50 25.- 40.-
Gläser werden extra berechnet:
 Rathenower Bi-Gläser nur R. 1.- pro Paar
 Punktfort-Reinigen 3.- " "
 • Reparaturen billigt und sofort. •

Sind nicht solche, die nur wenig kosten, sondern solche, die obendrein viel leisten! Wenn Sie ein Augenglas noch so billig kaufen, und Sie haben keine Freude daran, weil es Ihnen nicht paßt oder nicht gut sitzt, so hat es keinen Wert für Sie; kommen dazu noch häufig Ausgaben für Reparaturen, so wird es bald sehr teuer, und dabei sind Ihre Augen, Ihre überanstrengten Nerven, Ihre verkaumte Zeit und das, was Sie weniger leisten konnten, als mit einem guten Glase, noch gar nicht in Rechnung gestellt.

Die Freude über den billigen Preis haben Sie bald vergessen, der tägliche Kerger aber bleibt Ihnen! Weil, und bezahlen Sie nur einmal, denn wir st. den hinter jeder verkauften Reiher- und Brillenfassung aus Gold-Doublé und echtem Gold mit unserer Garantie. In der Garantiezeit von 1 bis 4 Jahren fertigen wir Ihnen alle Reparaturen an derselben umsonst. Sie haben nichts zu zahlen, außer für Bruch der Gläser, für Horn, Schildpatt und ähnliche Teile.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach unserer bewährten Methode. Wir garantieren für passende Gläser und für dauernde Zufriedenheit.

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow Neus-Schleuse u. Berlin.

NW
 Friedrich-Str. 150
 Ecke Dorotheen-Str.

SW
 Belle-Alliance-Str. 4
 nahe Jandorf

SO
 Oranien-Str. 44
 zwischen Moritz- und
 Oranien-Platz

Charlottenburg:
 Tauentzienstr. 15
 Ecke Marburger Str.

Joachimshaler Str. 2
 nahe Bahnhof Zoo

Naukölln:
 Bergstr. 4
 Ecke Zlatenstraße

Friedenau:
 Rhein-Str. 18
 Ecke Kirch-Str.

Schöneberg:
 Haupt-Str. 21
 Ecke Akazienstraße

Wilmersdorf:
 Berliner Str. 132-33
 nahe Uhlandsstraße

C
 Spittelmarkt
 Ecke Wallstraße
 Alexanderplatz
 nahe Aschinger
 Königsstr. 55
 gegenüber Rathaus

W
 Friedrich-Str. 193 a
 Ecke Leipziger Str.
 Leipziger Str. 113
 Ecke Meiner-Str.

N
 Schönhauser Allee 81
 am Ost. Norring
 Friedrich-Str. 106
 Ecke Ziegel-Str.
 Invaliden-Str. 164
 Ecke Brunnen-Str.
 Invaliden-Str. 117
 am Strytiner Bahnhof
 Chaussee-Str. 72
 nahe Müllerstr.

O
 Frankfurter Allee 14
 nahe Lietz

Frühjahrs-Kleidung

in riesiger Auswahl
zu extra billigen Preisen!

Herren-Anzüge haltbare Stoffe . . . 55.- 39.-	Frühj.-Ulster Homesp. Tailenf. u. Schlüpfer 79.- 68.	39.-
Herren-Anzüge reinwollene Stoffe . . 79.- 69.-	Sport-Anzüge Homesp. Kammg.m.Brecheseose 68.- 55.-	35.-
Maß-Anzüge beste Verarbeitung 160.- 135.-	Gestreifte Hosen 10.50 7.50	4.90

Knaben-Anzüge u. Mäntel besonders preiswert!

Gummi-Mäntel 28.- 22.-	Gabardine-Mäntel 42.- 33.-	18.- 28.-
---------------------------	-------------------------------	-----------

M. Swarsenski

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung
 Charlottenburg, Berliner Str. 131/132

Verkäufe

Reinigungsstoffe, Wäsche usw.
 Bekleidungsstoffe, Wäsche usw.
 Bekleidungsstoffe, Wäsche usw.

Möbel

Möbel, Betten, Kleiderkasten
 Möbel, Betten, Kleiderkasten
 Möbel, Betten, Kleiderkasten

Musikinstrumente

Musikinstrumente, Klavier, Gitarre
 Musikinstrumente, Klavier, Gitarre
 Musikinstrumente, Klavier, Gitarre

Aus-schneiden! „Bettwäschehof“ auf-bewahren!
 Spezialverkauf von Bettwäsche.
 Nur prima Ware, enorm billige Preise. Kein Laden!
 Münzstraße 2, l. Hof. parterre rechts.

Unerhört billig!
 Moderne Herrenhüte in allen Formen und Farben
 von 4,20 M. an. Mützen mit Leder eingefast von
 2,50 M. an. Hutfabrik Klotz & Laub, Chorinerstr. 61.
 Reparaturen jeder Art werden fachmännisch ausge-
 führt. — Vorzeiger dieses erhält Fahrer gut tun z.

Garderobe

kleinster Anzahlung

Teilzahlung

Herren-Anzüge / Paletots Cutaways / gestreifte Hosen Knaben- u. Burschen-Anzüge	Damen-Mäntel / Kleider Kostüme / Jacken Blusen / Röcke / Junper
--	--

~ Ersatz für Massarbeit ~
 Regenmäntel / Strickwesten / Strickjacken

Meine Preise sind so billig und die Abzahlung so niedrig, daß es jedermann möglich ist, seinen Bedarf zum Osterfest bei mir zu decken
Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben

BEISER

Lothringer Strasse 67

Redakteur gesucht!

Die Frankfurter „Volksstimme“ sucht für die Zeit von Anfang Mai bis September eine tüchtige Kraft, die während der Ferienzeit der Redaktion, sowohl in der politischen, wie in der lokalen Redaktion aushelfen soll. Flotte Sencod-graphen bevorzugt.
 Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis 20. April zu richten an den Vorsitzenden der Presekommision Konrad Browitz, Frankfurt a. M., Alsterdeichstr. 57. 180 0*

Bootsbauer

weiche an leichten Arbeiten gewöhnt sind, sind für Bootbau ein **Schiffwerft Hoffmeister**
 Regiert, Roentn. 15-17.

Zustrierer

für optische Pyrometer gesucht.
 Fr. R. Hofe, Dampfer
 Spiegel-Str. für Pyrometern.

Gel. Elektr.-Schweisser

per Bahn für Schiffsbau
 gel. Elektr. Schweisser
 gel. Elektr. Schweisser
 gel. Elektr. Schweisser
 gel. Elektr. Schweisser

2 jüngere Boten

möglichst mit Rab. der sofort gel. d. Verfügb. Leistungen vermittle
 zwischen 10 und 12 Uhr.

Vorwärts-Verlag

Cindentstraße 3
 Botenfrauen werden sofort eingest.
 lottenburg, Gelfenstraße Straße 1.